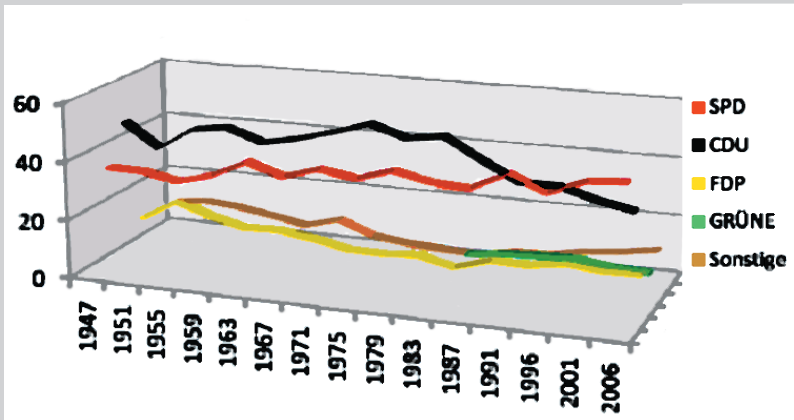


Entwicklung und Wandel des Parteiensystems in Rheinland-Pfalz

Von der Vorherrschaft der CDU zur Dominanz der SPD?

Ulrich Sarcinelli / Timo S. Werner



Impressum:

Herausgeberin:

Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz
Am Kronberger Hof 6
55116 Mainz



E-Mail: lpb.zentrale@politische-bildung-rlp.de
Homepage: www.politische-bildung-rlp.de

Verantwortlich:

Dr. Dieter Schiffmann

Redaktion:

Marianne Rohde, Timo Werner

Layout:

Birgit Elm

Titelbild:

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Landeswahlleiters
Birgit Elm, Georg Rohde

Druck:

Druckerei und Verlag Gebr. Kügler GmbH
Ingelheim am Rhein

Mainz 2010

ISBN 978-3-89289-014-0

Die Publikation stellt keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar.
Die Verantwortung für den Inhalt liegt beim Autor.

Zur Sache

Entwicklung und Wandel des Parteiensystems in Rheinland-Pfalz

Von der Vorherrschaft der CDU zur Dominanz der SPD?

Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli / Timo S. Werner

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Problemstellung	5
2	Historische Entwicklung nach 1945	6
2.1	Ungeliebtes Bindestrich-Gebilde	6
2.2	Parteilpolitische Anfänge	8
2.3	Entwicklung der politischen Kräfteverhältnisse	12
3	Zäsuren und Wegmarken	14
3.1	Die Ära Peter Altmeier	14
3.2	Kohl – Vogel – Wagner	17
3.3	Scharping und Beck: Eine neue Ära?	20
4	Gesellschaftlicher Wandel und Parteiendemokratie in Rheinland-Pfalz	28
4.1	Sozioökonomische und soziokulturelle Veränderungen	28
4.2	Politische Kultur, Wahlverhalten und Parteiensystem	33
4.3	Organisatorische Kennziffern der Parteien	36
5	Entwicklungstrends und Perspektiven: abschließende Thesen	40
6	Bibliografie	44
7	Anhang	49

Vorwort

Anders als in anderen Bundesländern hat sich das Parteiensystem in Rheinland-Pfalz in den etwas mehr als sechs Jahrzehnten des Bestehens des Landes eher durch Kontinuität als durch tiefe Brüche ausgezeichnet. Von KPD (1947 – 1951), DRP (1959 – 1963) und NPD (1967 – 1971), die jeweils nur eine Legislaturperiode dem rheinland-pfälzischen Landtag angehörten, und der Phase des Zwei-Parteien-Parlaments (1983-1987) abgesehen, bestand das Landesparlament regelmäßig aus Fraktionen der drei Parteien CDU, SPD und FDP. Das änderte sich 1987 mit dem Einzug der GRÜNEN ins Deutschhaus, wo sie sich bis zur Wahl im Jahr 2006 behaupten konnten.

Bis zu dem Umbruch von 1991 und dann wieder in den zwei nachfolgenden Jahrzehnten spiegelt sich Beständigkeit auch in der Regierungsbildung wieder. 36 Jahre – von 1947 bis 1991 – führte die CDU die Regierung an, seit 1991 stellt die SPD als größte Regierungspartei den Ministerpräsidenten – beide auch kurze Zeitabschnitte mit absoluten Mehrheiten.

Ob weiterhin von der Hegemonie einer Partei ausgegangen werden kann, also davon, dass in Rheinland-Pfalz auch künftig eine Partei die Landespolitik klar dominiert oder eine „Normalisierung“ im Parteienwettbewerb zu erwarten ist, ist einer von mehreren Aspekten, die in dem hier vorgestellten wissenschaftlichen Diskussionsbeitrag thematisiert werden. Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli und Timo S. Werner von der Abteilung Politikwissenschaft am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Koblenz-Landau, Campus Landau, haben darüber hinaus die Veränderungen der Parteienlandschaft in den Blick genommen. Sie zeigen auch, mit welchen Themen und Personen der Wandel verbunden war, worauf diese Veränderungen zurückzuführen waren und in welchen Wechselwirkungen sie mit dem gesellschaftlichen Wandel im Lande standen und stehen.

Die Autoren bleiben bei der Analyse jedoch nicht in der Vergangenheit stehen: In sechs Thesen zeigen sie abschließend Entwicklungstrends und Perspektiven auf. Somit ist es den Verfassern gelungen, ein Bild über die Entwicklung des Parteiensystems in der immer noch jungen Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz zu zeichnen. Die Landeszentrale für politische Bildung stellt Ihnen diese Schrift als fünfte Ausgabe der Reihe „Zur Sache“ vor.

Wir freuen uns, wenn dieses spannende Thema auch Ihr Interesse findet.

Dr. Dieter Schiffmann

Direktor der Landeszentrale für
politische Bildung Rheinland-Pfalz

Marianne Rohde

Stellv. Direktorin der Landeszentrale für
politische Bildung Rheinland-Pfalz

Entwicklung und Wandel des Parteiensystems in Rheinland-Pfalz

Von der Vorherrschaft der CDU zur Dominanz der SPD?

1 Einleitung und Problemstellung:

Beobachter, die mit der parteipolitischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschlands vertraut sind, aber nur wenig mit den speziellen Verhältnissen in Rheinland-Pfalz, könnten bei einem Blick auf die aktuelle Zusammensetzung des rheinland-pfälzischen Landtages gleich zwei (Fehl-)Einschätzungen unterliegen: Sie könnten vermuten, die gesellschaftliche und die ihr folgende parteipolitische Entwicklung der letzten Jahrzehnte sei an Rheinland-Pfalz spurlos vorübergegangen und habe eine „Insel der Glückseligen“ hinterlassen, in der noch das überschaubare Zweieinhalb-Parteiensystem der bundesrepublikanischen Anfangsjahrzehnte fortexistiert. Der zweite Trugschluss, der einer historischen Betrachtung nicht standhielte, könnte darin liegen, Rheinland-Pfalz sei das sozialdemokratische Stammland des Südwestens. Eine vergleichende historische Betrachtung könnte Anlass zu der Vermutung geben, eine ehemals in ihrer landespolitischen Stellung hegemoniale CDU sei von einer nun ihrerseits hegemonialen SPD abgelöst worden. Die hier vorgelegte Skizze kann zeigen, dass – bei aller Dynamik der Veränderung gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse im Bundesland Rheinland-Pfalz – gegenüber solchen weittragenden Schlussfolgerungen Vorsicht geboten scheint.

Im Folgenden werden zunächst Grundzüge der Entwicklung des Landes und insbesondere des rheinland-pfälzischen Parteiensystems seit 1945 nachgezeichnet. Bevor auf aktuelle Fragen einzugehen ist, sollen wichtige Wegmarken und Zäsuren der Landesgeschichte am Beispiel des politischen Spitzenpersonals skizziert werden. Den Abschluss bilden sechs Thesen zu wahrscheinlichen Entwicklungstrends und Perspektiven. Die Frage, ob und inwieweit die anfängliche Hege-

monialstellung (Vormachtstellung) der Union inzwischen durch eine solche der Sozialdemokratie abgelöst wurde, verdient als übergreifende Problemstellung besonderes Interesse, weil auch für die Parteien auf Landesebene gilt, dass nur sie über das verfassungspolitische Privileg der Vermittlung zwischen „Volkswillensbildung“ und „Staatswillensbildung“¹ verfügen und insoweit für die Demokratie im Lande Rheinland-Pfalz, trotz aller Bemühungen um eine bürgergesellschaftliche Modernisierung des Landes,² die politisch prägenden Kräfte sind.

2 Historische Entwicklung nach 1945

2.1 Ungeliebtes Bindestrich-Gebilde

Regionale und landsmannschaftliche Unterschiede finden sich nicht alleine innerhalb der sogenannten Bindestrich-Länder. Man denke nur an Franken, Schwaben, Oberpfälzer oder Niederbayern, die sich alle mehr oder minder friedlich unter dem Dach des Freistaates Bayern vereinen. Dennoch hat wohl kein Land gerade in seinen Anfängen so mit seiner Identität gerungen, wie das Land Rheinland-Pfalz. Die Skepsis gegenüber dem neuen Gebilde herrschte nicht nur bei Bürgerinnen und Bürgern in den einzelnen Regionen vor, sondern durchaus auch in weiten Teilen der handelnden politischen Eliten.

Den zunächst provisorischen Charakter des Landes unterstrich der spätere Ministerpräsident, Peter Altmeier, in seiner Rede vor der Beratenden Landesversammlung zum Abschluss der Verfassungsdebatte am 24. April 1947: *„Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß unser Land weder historisch geworden, noch organisatorisch gewachsen ist, sondern seine Entstehung letzten Endes den Beschlüssen über die Zonenaufteilung Deutschlands verdankt. Und wir stehen weiterhin auf dem Standpunkt, daß unser Land im Rahmen der gebietsmäßigen Neugestaltung des deutschen Raumes sicherlich noch keine Endlösung darstellt.“*³ Adolf Süsterhenn, Mitglied des Parlamentarischen Rates und Vorsitzender des Vorbereitenden Verfassungsausschusses von Rheinland-Pfalz unterstrich öffentlich den mangelnden historischen Wuchs.⁴ Aber auch von außen musste das junge Land Begehrlichkeiten und Angriffe abwehren, um seinen Fortbestand zu sichern. So

¹ Grimm (1991), S. 265.

² Vgl. dazu: Heuberger (2010).

³ Altmeier, et al. (1979), S.24.

⁴ Vgl. Buchheim (2000), S. 149.

forderte der Vorsitzende des Ländergrenzenausschusses, der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Hermann Lüdemann, noch 1949 die Auflösung des Landes.⁵

Für die SPD blieb die Frage der Neugliederung bis zur Landtagswahl 1963 eine zentrale Forderung. Kein Wunder also, dass Rheinland-Pfalz der Makel anhaftete, ein „Land aus der Retorte“ zu sein und dabei auch noch Regionen zu vereinen, die historisch betrachtet, nicht zusammengehörten. Insbesondere der Umstand, dass das Rheinland und die Pfalz als geschichtlich getrennte Kulturräume gesehen wurden und diese Sicht durch die landeskundliche historische Forschung eher noch bestärkt wurde, stand – auch in der nicht mehr unmittelbaren Nachkriegszeit – der Identitätsstiftung des Landes zunächst im Wege.⁶ Dieser, auch von regionalen Eliten getragenen Vorstellung, konnte allenfalls eine abweichende Deutung entgegengesetzt werden, die im Territorium von Rheinland-Pfalz eigentlich den zentralen historischen Kulturraum Deutschlands zu erblicken suchte.

Aber nicht nur auf der Ebene regionaler oder besser gesamtstaatlicher Identitäten, sondern auch im Zusammenhang mit der symbolträchtigen Frage von Regierungssitz und Landeshauptstadt waren deutliche Startschwierigkeiten zu verzeichnen. Auch diese hatten mit regional-landsmannschaftlichen Zugehörigkeiten und mit dem verbreiteten Gefühl zu tun, einem politischen Befehl durch die Besatzungsmacht folgen zu müssen.

Die Entscheidung über den Sitz der Landesregierung zog sich letztlich über vier Jahre hin. War Mainz von den französischen Besatzern mit der von General Koenig erlassenen Verordnung Nr. 57 von Anfang an zur Hauptstadt bestimmt worden, fanden Landtag und Landesregierung aufgrund der in der Landeshauptstadt herrschenden Zerstörung zunächst in Koblenz ihren Sitz.⁷ Das so geschaffene Provisorium sollte wenig später Ausgangspunkt für eine Debatte werden, die sich in den Augen mancher Betrachter zu einer Staatskrise auszuwachsen drohte. Auf Drängen Altmeiers hatten die Franzosen im März 1950 Artikel 2 der Verordnung Nr. 57, welcher die Hauptstadtfrage regelte,

⁵ Vgl. Heil *Ibid.*, S. 157.

⁶ Vgl. *ebda.*, S. 164

⁷ Vgl. ausführlich dazu: Mathy (1986), S. 93 ff.

aufgehoben und so dem neuen Landtag eine souveräne Entscheidung über seinen zukünftigen Sitz und den der Landesregierung ermöglicht.⁸ Die sich anschließende Debatte wies deutliche Parallelen zur Auseinandersetzung um die Bundeshauptstadt auf. Neben persönlichen Verbindungen und regionalen Interessen sowie der Frage, welche ökonomischen Auswirkungen ein Umzug für die Stadt Koblenz haben würde, lässt sich die Debatte etwas vereinfacht an der Frage orientieren, welche zukünftige Entwicklung für das Land erwartet oder gewünscht wurde. Diejenigen, die Rheinland-Pfalz für ein Übergangsphänomen hielten, waren folgerichtig der Ansicht, dass man es bei einer provisorischen Hauptstadt in Koblenz belassen sollte. Hingegen plädierten diejenigen, die ein dauerhaftes Land Rheinland-Pfalz favorisierten, eher für Mainz als Hauptstadt und als Sitz von Landesregierung und Parlament. Die Lager von Gegnern und Befürwortern machten an den Parteigrenzen nicht halt und so wurde der erste Antrag auf Umzug nach Mainz zur Überraschung von Landesregierung und französischem Militär mit 43 zu 43 Stimmen bei sechs Enthaltungen am 4. April 1950 abgelehnt. Erst bei einer erneuten Abstimmung im Mai 1950, vor der Ministerpräsident Altmeier „sein gesamtes Prestige für Mainz in die Waagschale geworfen“⁹ hatte, wurde mit dem relativ deutlichen Votum von 49 zu 32 Stimmen, bei drei Enthaltungen, zugunsten von Mainz entschieden. Diese hier nur kurz skizzierten, nicht gerade einfachen landesgeschichtlichen Anfänge schlugen sich auch auf den parteipolitischen Neubeginn nieder.

2.2 Parteipolitische Anfänge

Im Gegensatz zur englischen und amerikanischen Besatzungszone gestaltete sich die Neugründung beziehungsweise Wiederezulassung von Parteien in den französisch kontrollierten Gebieten deutlich schwieriger.¹⁰ Das Hauptaugenmerk der französischen Besatzungsbehörden lag in den Anfängen des Landes einerseits auf der Föderalisierung des politischen Lebens, um die Abkehr vom nationalsozialistischen Zentralstaat institutionell abzusichern. Andererseits fühlte man sich auf französischer Seite an die in dieser Hinsicht ohnehin nicht verbindlichen Beschlüsse der Potsdamer Konferenz wohl nicht

⁸ Vgl. Wagner (2007), S. 295 f.

⁹ ebda., S. 297.

¹⁰ Vgl. zur historischen Entwicklung: Kaack/Sarcinelli (1986), S. 131 ff.

allzu sehr gebunden. Dies behinderte zunächst die Etablierung von überregionalen oder gar Zonen übergreifenden Zusammenschlüssen und beförderte partikulare Initiativen in den Regionen des zukünftigen Bundeslandes.

So lassen sich mit Blick auf die spätere CDU zunächst zwei Hauptströmungen identifizieren, deren Entwicklungsverlauf deutliche regionale Unterschiede aufweist. Grundsätzlich ging es um die Frage, ob man an die Parteitraditionen vor der NS-Zeit anknüpfen und sich um die Wiederbelebung des Zentrums bemühen sollte oder ob mittels einer neuen Partei nicht die Grundlagen zur Überwindung der politisch-konfessionellen Spaltung gelegt werden könnten. Die Debatte um Zentrum oder Union im Raum Trier, Koblenz und Rheinhessen war dabei eng mit den Namen der ehemaligen Zentrumpolitiker Jakob Diel und Lorenz Diehl verbunden. Jakob Diel ließ sich letztlich wohl nicht aufgrund innerer Überzeugung auf die sogenannte Koblenzer Linie, die Gründung der CDP (Christlich Demokratische Partei), ein, sondern, weil weder von französischer noch von deutscher Seite ausreichend Zustimmung für eine Restauration des Zentrums zu erwarten war.¹¹ Die offizielle Gründungsversammlung der CDP fand dann am 17. Februar 1946 im Koblenzer Rathaus statt, wo die Partei von Peter Altmeier vorgestellt wurde.

Aber auch in der ehemals bayrischen Pfalz verlief die Gründung einer (überkonfessionellen) christlichen Partei keineswegs einfach. Zwar beanspruchte der Landauer Bürgermeister Gustav Wolff in seinen Erinnerungen,¹² bereits im September 1944 gemeinsam mit dem katholischen Pfarrer Johannes Finck zu der Ansicht gekommen zu sein, dass man nach dem Untergang des Dritten Reiches den Versuch wagen müsse, eine Partei zu gründen, die katholische und evangelische Christen miteinander verbinde. Der konkreten Parteigründung standen aber auch hier Restaurationsüberlegungen hinsichtlich einer Zentrumspartei und andere getrenntkonfessionelle Ideen für Parteigründungen entgegen.¹³

Der Versuch evangelischer Christen in der Pfalz, den ‚Christlich-So-

¹¹ Vgl. Martin (1995), S. 58

¹² Vgl. ebda., S. 68.

¹³ Vgl. ebda., S. 68 f.

zialen-Volksdienst' (CSVD) wieder ins Leben zu rufen, scheiterte am Widerstand der französischen Besatzer, die unterstrichen, dass sie nur eine christliche Partei für das Gebiet Rheinhessen-Pfalz zulassen würden. Diese Haltung strukturierte in der Folge auch die Bemühungen zur Gründung der CDU – neben den bereits genannten Bestrebungen hatte es um den Ludwigshafener Prälaten Martin Walzer Anstrengungen zur Zulassung der CSU gegeben, die wohl auch mit der Hoffnung auf eine Rückkehr der Pfalz zu Bayern verbunden waren; deren Zulassung beantragte Gustav Wolff zusammen mit seinen Mitstreitern am 30. Januar 1946. Auch dieser Antrag fiel bei der Militärregierung nicht auf fruchtbaren Boden. Sie verlangte eine Einbeziehung Rheinhessens. Mit Beschluss einer „rhein Hessischen“ Konferenz am 3. März 1946¹⁴ kam es schließlich zum Zusammenschluss mit der Pfälzer Union und zu deren Zulassung durch General Bouley am 5. März 1946. Die Konstituierung der Landespartei erfolgte dann aber erst am 14. Februar 1947 in Bad Kreuznach.

Der Gründungsverlauf der Sozialdemokratischen Partei (SPD) unterschied sich bereits insofern, als es sich nicht um eine Neugründung, sondern um eine Wiedergründung handelte. Diese fand in organisatorischer und weit weniger in programmatischer Hinsicht eher dezentral in einzelnen Orten statt und wurde nur bedingt von einer parteilichen Vorkriegselite gesteuert.¹⁵ Die Auflagen in der französischen Besatzungszone, unabhängig davon, für wie realistisch deren langfristige Umsetzung von den französischen Behörden selbst gehalten wurde, führten dazu, dass zunächst nur regionale Zusammenschlüsse gestattet wurden, die ohne einen gesamtstaatlichen Bezug – deutlich gemacht durch das ‚D‘ im Parteikürzel – auskommen sollten. So kam es zunächst zur Gründung der SP-Hessen-Pfalz und der SP-Rheinland-Hessen-Nassau.¹⁶ Das Nachkriegsbewusstsein der meisten Sozialdemokraten, das in der nationalsozialistischen Zeit eine Unterbrechung der vorangegangenen Arbeit ausmachte, und die gefühlte Zugehörigkeit zu einer nationalen Idee der Sozialdemokratie ließen inhaltliche und programmatische Debatten zunächst überflüssig erscheinen.¹⁷ Im Zuge der beginnenden parlamentarischen Arbeit erfolgte am 17. Mai 1947 auf Landesebene ein Zusammenschluss der Bezirke zum

¹⁴ Vgl. ebda., S. 83.

¹⁵ Zur Gründung der SPD in Rheinland-Pfalz vgl. ausführlich: Kusch (1989)

¹⁶ Vgl. ebda., S. 38.

¹⁷ Vgl. ebda., S. 53.

gemeinsamen Landesausschuss unter dem Vorsitz des pfälzischen Politikers und Oberpräsidenten der Pfalz, Franz Bögler. Der Umstand indes, dass es keine Vereinigung der Parteibezirke zu einer Landesorganisation gab, sollte sich für die rheinland-pfälzische Sozialdemokratie für längere Zeit als Defizit erweisen.

Was das Verhältnis zur Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) anging, setzte sich schnell die „bundespolitische“ Linie Kurt Schumachers durch, eine Vereinigung oder intensive Zusammenarbeit auch in Rheinland-Pfalz abzulehnen.¹⁸ Die KP Rheinland/Hessen-Nassau hatte am 16. Januar 1946 die Genehmigung zur Bildung eines der Kommunistischen Partei Deutschlands angeschlossenen Ausschusses erhalten. Im Februar desselben Jahres war die KP Hessen-Pfalz genehmigt worden. Gehörte die KP auf Anordnung der französischen Behörden bis 1948 der Landesregierung an, konnte sie bereits in der zweiten Wahlperiode nicht mehr die Hürde zum Wiedereinzug in den Landtag überspringen. Bei ihrem Verbot durch das Bundesverfassungsgericht im Jahre 1956 spielte sie in Rheinland-Pfalz daher nur noch eine untergeordnete Rolle.¹⁹

Die beschwerlichen Gründungsprozesse der Liberalen kreuzten immer wieder den Weg des konservativ-bürgerlichen Lagers, so bei der versuchten Gründung der ‚Christlich-Sozialen-Union‘ und des ‚Christlich-Sozialen-Volksbundes‘. Aufgrund der Intervention durch die CDU – einige Mitglieder fürchteten eine zu starke Liberalisierung ihrer Partei – wurde im Mai 1946 der Gründung des ‚Sozialen-Volksbundes‘ stattgegeben.²⁰ Im September 1946 hatte Kommerzienrat Wilhelm Rautenstrauch die Gründung der ‚Liberalen Partei‘ Rheinland-Hessen-Nassau beantragt, die ebenfalls genehmigt wurde. Damit existierten zwei liberale Parteien, die formell ihre Spaltung erst im April 1947 mit dem Zusammenschluss zur ‚Demokratischen Partei Rheinland-Pfalz‘ überwinden konnten. Hatten beide den ersten Landtagswahlkampf noch getrennt voneinander bestritten, bildeten sie nach der Wahl als ‚Demokratische Fraktion‘ eine Landtagsfraktion. Nach der Gründung der ‚Freien Demokratischen Partei‘ im Dezember 1948 schloss sich die ‚Demokratische Partei Rheinland-Pfalz‘ der FDP als Landesverband an.²¹

¹⁸ Vgl. ebda., S. 56.

¹⁹ Vgl. für die Wahlergebnisse von 1947-2006 den Anhang (Punkt 7).

²⁰ Vgl. Wagner (2007), S. 122 f.

²¹ Vgl. zur Frühgeschichte der Liberalen: Hein (1985).

Nachdem die Parteien ihre organisatorischen und teils programmatischen Grundlagen geschaffen hatten, galt es, sich im politischen Kräftespiel des jungen Bundeslandes zu etablieren. Andere als die erwähnten Parteien sollten bis zum Aufkommen der Grünen in den 1980er Jahren – sieht man von den politischen „Ausreißern“, der rechten ‚Deutsche Reichspartei‘ 1959 und der NPD 1967 einmal ab – keine größere landespolitische Rolle spielen.

2.3 Entwicklung der politischen Kräfteverhältnisse

Greift man für die Analyse der Entwicklung auf die Landtagswahlergebnisse zurück, so lassen sich bis zur 12. Wahlperiode und der Landtagswahl vom April 1991 zwei Konstanten feststellen, die aus heutiger Sicht erstaunlich sein mögen:

1. Die CDU war von Anfang an die stärkste politische Kraft im Land.
2. Trotz eines kontinuierlichen Aufwärtstrends hatte die SPD bis zur Wahl 1991 nie eine Mehrheitschance.

Für die Jahre von 1947 bis 1991 ist eine geradezu strukturelle Asymmetrie zwischen Christdemokraten und Sozialdemokraten im rheinland-pfälzischen Parteienwettbewerb unverkennbar. Dieser Effekt wurde noch dadurch verstärkt, dass die Union ab 1951 eine Koalition mit der FDP bildete und die Wähler, nachdem die CDU im Bund durch den Koalitionswechsel der FDP in die Oppositionsrolle verwiesen war, den Konservativen in Rheinland-Pfalz in den Landtagswahlen von 1971, 1975, 1979 und 1983 absolute Mehrheiten bescherte. Die Wahl 1983 stellte aber in anderer Hinsicht eine Zäsur dar, auf die später noch kurz einzugehen sein wird.

Die besondere Stellung der CDU in den ersten vier Jahrzehnten der Landesentwicklung zeigt sich insbesondere beim Vergleich der gültigen Zweitstimmenanteile in Land und Bund bei Bundestagswahlen.²² Lag das Ergebnis bei der ersten Bundestagswahl gewaltige 18,1 Prozent über dem Bundesdurchschnitt, so hielt sich der Trend überdurchschnittlicher Ergebnisse für die Union bei Bundestagswahlen bis in die Gegenwart hinein (Tabelle 1), auch wenn sich der Vorsprung ge-

²² Vgl. für Berechnungen bis zur BT-Wahl 1983: Kaack/Sarcinelli (1986), S. 136.

genüber dem Bundesdurchschnitt inzwischen bescheiden ausnimmt. Demgegenüber blieb die Landes-SPD, mit einer Ausnahme, bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag bis 1983 immer leicht hinter dem Bundesergebnis zurück.

Tabelle1: Landesergebnisse bei den Bundestagswahlen

(in Prozent der gültigen Zweitstimmen,
Abweichungen vom Bundesergebnis in Klammern)

Bundestagswahl:	CDU	SPD
1987	45,1 (+0,8)	37,1 (+0,1)
1990	45,6 (+1,8)	36,1 (+2,6)
1994	43,8 (+2,3)	39,4 (+3,0)
1998	39,1 (+4,0)	41,3 (+0,4)
2002	40,2 (+1,7)	38,2 (-0,3)
2005	36,9 (+1,7)	34,6 (+0,4)
2009	35,0 (+1,2)	23,8 (+0,8)

Quelle: eigene Berechnungen auf der Datengrundlage der amtlichen Endergebnisse des Bundeswahlleiters.

Die positiven Auswirkungen der Wahlergebnisse der ersten Jahrzehnte für die Union bedürfen wohl keiner detaillierten Erörterung. Nicht nur die Rekrutierung von Personal im Bereich politischer und administrativer Führungspositionen, sondern auch die organisationspolitische Entwicklung lassen sich für eine erfolgreiche Regierungspartei leichter gestalten, kann diese doch auf Ressourcen zurückgreifen, über die Oppositionsparteien nicht in gleicher Weise verfügen. Zudem setzte sich Helmut Kohl nach Übernahme des Landesvorsitzes 1966 für den konsequenten Aufbau einer flächendeckenden parteiorganisatorischen Infrastruktur ein und trieb somit relativ früh die Modernisierung und Professionalisierung seiner Partei voran. Diese Entwicklung kulminierte nicht nur in der Bestallung hauptamtlicher Mitarbeiter, sondern auch in einem klaren hierarchischen Zuschnitt der Landespartei. Die SPD konnte oder wollte mit dieser Entwicklung zumindest in den ersten Jahrzehnten nicht

mithalten. Sie tat sich mit der Entmachtung der regionalen „Parteifürstentümer“ (Parteibezirke) schwer und vermochte es lange nicht, eine vergleichbar schlagkräftige Landesorganisation aufzubauen.

Mit der Landtagswahl von 1983 veränderte sich das parteipolitische Gefüge. Dies hing nicht nur mit dem Erscheinen der Grünen auf der politischen Landkarte zusammen, die bei ihrem ersten Versuch mit 4,5 Prozent der Stimmen nur knapp den Einzug in den Landtag verpassten. Der Wandel war auch dem Umstand geschuldet, dass die FDP mit 3,5 Prozent der Stimmen relativ deutlich an der Fünfprozenthürde scheiterte. Demgegenüber sicherte der Union das zweithöchste Wahlergebnis in ihrer Geschichte die Möglichkeit der Alleinregierung.

Gerade vor diesem historischen Hintergrund, der Rheinland-Pfalz bis in die späten 1980er Jahre hinein als ein klassisches Unionsland ausweist, erstaunt die Entwicklung der vergangenen zwanzig Jahre, die auch in Selbstzuschreibungen deutlich wird, die von den jüngeren Wahlerfolgen der Sozialdemokraten auf Landesebene gespeist werden. So bezeichnet sich die SPD in ihrer Landessatzung von 2002 inzwischen selbst als „die Rheinland-Pfalz Partei“.²³

Die diesem Ergebnis zugrunde liegenden Entwicklungen können im Rahmen dieses Textes nur skizzenhaft dargestellt werden. Es spricht insofern einiges dafür, wichtige Wegmarken und Zäsuren anhand der Ministerpräsidenten herauszuarbeiten,²⁴ die sich – wie in anderen Bundesländern auch – in Rheinland-Pfalz als die landespolitisch prägenden Führungspersonlichkeiten erwiesen haben und erweisen.

3 Zäsuren und Wegmarken

3.1 Die Ära Peter Altmeier

Auf die Rolle Altmeiers in den Anfängen der parteipolitischen Entwicklung war bereits kurz eingegangen worden. Nach der gescheiterten Regierungsbildung unter Wilhelm Boden, am 7. Juli 1947, begann zwei Tage später mit der Wahl des in Saarbrücken geborenen Peter Altmeier zum Ministerpräsident eine für die Union und für das

²³ SPD-Rheinland-Pfalz (2002).

²⁴ Zur herausgehobenen Stellung der Ministerpräsidenten vgl.: Schümer (2006).
Vgl. zu den Ministerpräsidenten in Rheinland-Pfalz auch die Beiträge in: Ziegler (2003).

Land prägende politische Ära, die 22 Jahre andauern sollte.²⁵ Wie fast überall im Nachkriegsdeutschland erschöpfte sich das anfängliche Regierungshandeln zunächst in einer Verwaltung des Mangels, was Altmeier in seiner ersten Regierungserklärung deutlich machte:

*„Wie Churchill in schwerster und entscheidender Stunde seinem Volk nichts zu bieten hatte, als Blut, Schweiß und Tränen, so vermag auch die jetzt von Ihnen berufene Regierung unserem Volke zunächst nichts zu versprechen als die Aussicht auf ein Dasein voller Not, Entbehrung und schwerster Arbeit. Wie sollten wir, meine Damen und Herren, unserem Volke verschweigen, daß der Tiefpunkt, vor allem unserer wirtschaftlichen Existenz, aller Voraussicht nach noch vor uns liegt.“*²⁶

Neben der Zusammenführung der Landesteile im Innern und der Ausöhnung mit Frankreich, bildete die Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung das zentrale Element der Regierungszeit Altmeiers.²⁷ Neunzehn Jahre leitete er in Personalunion auch die Ressorts Wirtschaft und Verkehr.

Altmeiers Bemühungen richteten sich aber nicht nur auf ein Zusammenwachsen im Innern. Immer wieder war der Ministerpräsident auch mit Länderneugliederungsdebatten beschäftigt. Wie virulent die Frage lange Zeit blieb, ist schon daran zu erkennen, dass die SPD bis zur Landtagswahl 1963 mit der Forderung zur Auflösung des Landes in die Wahlkämpfe gezogen war und anhängige Volksentscheide nach Verzögerungsstrategien und Verfassungsgerichtsurteilen erst 1975 zur Abstimmung kamen. Das war zu einem Zeitpunkt, als sich aufseiten der Bevölkerung längst ein Gewöhnungseffekt eingestellt hatte, der einen grundlegenden geographischen Neuzuschnitt zunehmend unwahrscheinlich machte.²⁸ Bundespolitisch profilierte sich Altmeier mit einer klar föderalistischen Position, die er auch, wo nötig, in innerparteilichen Konflikten vertrat. So sprach er sich dezidiert, im Bündnis mit den anderen Ministerpräsidenten, gegen das vom CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzler Konrad Adenauer geplante Bundesfernsehen aus und leistete damit einen Beitrag zur späteren Gründung des Zweiten Deutschen Fernsehens in Mainz, nachdem das Bundesverfassungsgericht mit Verweis auf die Kulturhoheit der Länder der von Adenauer

²⁵ Kißener (2006), S. 84.

²⁶ Regierungserklärung vom 9. Juli 1947 abgedruckt in: Altmeier, et al. (1979), S. 36 f.

²⁷ Vgl. Grass (1986), S. 259.

²⁸ Vgl. hierzu: Kißener (2006), S. 100 f.

angestrebten Deutschland-Fernsehen GmbH einen Riegel vorgeschoben hatte. Ein noch größerer „bundespolitischer“ Erfolg Altmeiers fällt aber noch in die vorkonstitutionelle Zeit der jungen Bundesrepublik. Auf seine Anregung trafen sich die elf Ministerpräsidenten zur Beratung der Frankfurter Dokumente und somit zur Vorbereitung der Arbeit des Parlamentarischen Rates – nicht wie zunächst geplant in Frankfurt, sondern auf dem Koblenzer Rittersturz.²⁹ Mit dieser Entscheidung wurde die Zugehörigkeit von Rheinland-Pfalz zur Bundesrepublik sichtbar dokumentiert.

Zur größten politischen Niederlage Altmeiers sollte sich die lange geführte kulturpolitische Auseinandersetzung um die Frage der Konfessionsschulen entwickeln. Altmeier hatte (zu) lange an der Verfassungsgrundlage zur Wiedererrichtung der Konfessionsschulen festgehalten, die auch die getrenntkonfessionelle Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer notwendig machte. Obwohl innerparteilich durchaus nicht unumstritten, entsprach dies jedoch nicht mehr den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen und der bereits sichtbar werdenden zunehmenden Entkoppelung von kirchlichen und religiösen Bindungen.³⁰

Wie bei Konrad Adenauer gestaltete sich der politische Stabwechsel gegen Ende der langen Regierungszeit Altmeiers keineswegs reibungslos. Einerseits mag man darin ein in der Politik wiederkehrendes Prinzip erkennen. Analogien zu Kohls eigenem Rückzug auf Bundesebene einige Jahrzehnte später sind kaum von der Hand zu weisen. Andererseits war die Situation im Nachkriegsdeutschland dieser Jahre eine ganz besondere. Durch den Krieg fehlte zwischen der Generation Altmeier und der Generation Kohl eine Alterskohorte fast vollständig, was derlei Wechsel in der Verantwortung sicher nicht erleichterte. Helmut Kohl beschreibt das schwierige Verhältnis zu Altmeier in seinen Erinnerungen:

„Nichts, was ich in Partei und Fraktion geworden war, hatte seine Unterstützung gefunden. Gegen seinen Willen hatte mich die Landtagsfraktion an ihre Spitze berufen. Peter Altmeier tat sich sehr schwer mit meiner Art, Politik voranzutreiben, alte Zöpfe abzuschneiden.“³¹

Auf Drängen des jungen Helmut Kohl hatte Altmeier 1966 den Vor-

²⁹ Vgl. Hirschner (1975), S. 75 f.

³⁰ Vgl. Morsey (2007), S. 23.

³¹ Kohl (2004), S. 187.

sitz der Landespartei abgeben und diesem versichern müssen, dass er zugunsten Kohls in der Mitte der Legislaturperiode auch das Amt des Ministerpräsidenten aufgeben werde. Zwar hatte Altmeier zwischenzeitlich noch versucht, die zweite Vereinbarung wieder rückgängig zu machen, blieb dabei aber nach zähen internen Kämpfen erfolglos.³² In seiner Sitzung vom 19. Mai 1969 wählte dann der Mainzer Landtag den 39-jährigen Helmut Kohl zum Ministerpräsidenten des Landes.

3.2 Kohl – Vogel – Wagner

Mit Helmut Kohl sollte ein Mann ins Amt kommen, der nicht nur einer ganz anderen Generation angehörte und einen anderen Politikstil pflegte, sondern auch einen genuin anderen Politikertyp darstellte. Im Gegensatz zu Altmeier, der noch in die Reihe klassischer Honoratiorenpolitiker gehörte, war sich Kohl von Beginn an der Bedeutung parteipolitischer und personeller Konstellationen bewusst und suchte diese im Sinne seiner Karriereplanung zu beeinflussen.³³

Wie das Zitat aus Kohls Autobiographie verdeutlicht, hatte er schon als Parlamentarier und dann vor allem als Vorsitzender von Partei und Fraktion versucht, sowohl innerparteilich als auch innerfraktionell Reformen anzustoßen. Der neue Kurs nach der Wahl 1967 spiegelte sich personell im noch von Altmeier geführten Kabinett wider. So hatte Kohl die jungen Minister Bernhard Vogel (Kultus) und Heiner Geißler (Soziales) gegen den Widerstand des Ministerpräsidenten durchgesetzt. Politikfeldspezifisch versinnbildlichten wichtige Grundsatzentscheidungen Aufbruch und Neuanfang. Das betraf die bereits 1963 begonnene, ambitionierte Verwaltungsreform³⁴ mit der Schaffung von Verbandsgemeinden ebenso wie bundesweit beachtete Reformanstrengungen in der Sozial- und Schulpolitik.

In wirtschaftspolitischer Hinsicht war Rheinland-Pfalz mit der sich entwickelnden Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft seiner ursprünglichen Randlage entwachsen und zu einem europäischen Kernland geworden.³⁵ Die Landesregierung, insbesondere Wirtschaftsminister Holkenbrink, versuchte dieser Entwicklung durch den Ausbau der Ver-

³² Vgl. Morsey (2007), S. 24.

³³ Vgl. Haungs (1986b), S. 627 f.

³⁴ Vgl. zur Verwaltungsreform: Siedentopf Ibid.

³⁵ Vgl. Kißener (2007), S. 32.

kehrinfrastruktur, insbesondere der Fernstraßen, Rechnung zu tragen.

Aus bundespolitischer Sicht verbinden sich mit der Regierungszeit Kohls in Rheinland-Pfalz die Oppositionsjahre der Union im Bund. Mit dem Verlust des Kanzleramtes stieg die Bedeutung der Unions-Ministerpräsidenten auf der bundesrepublikanischen Bühne. Kohl, der früh Ambitionen in Richtung Bonn gezeigt hatte, nutzte diese Gelegenheiten zur Profilierung, die der Bundesrat im unitarischen Bundesstaat bis in die Gegenwart hinein bietet.

Bei der Wahl 1971 wurde Kohls Reformkurs, zu dem auch der kontinuierliche Ausbau und die Professionalisierung des politischen Apparats gehörte, trotz Zugewinnen für die SPD, mit der absoluten Mehrheit belohnt. Zwar hatte es Überlegungen gegeben, die FDP trotzdem an der Regierungsbildung zu beteiligen, eine Koalition kam aber letztlich nicht zustande und die Freidemokraten gingen nach zwanzig Jahren der Mitverantwortung in die parlamentarische Opposition; eine Entwicklung, die sich in ganz ähnlicher Weise nach langer Partnerschaft zwischen SPD und FDP nach der Landtagswahl 2006 ergab.

Mit Helmut Kohl, der 1973 Rainer Barzel als Bundesvorsitzender der CDU abgelöst hatte, konnten die Christdemokraten bei der Landtagswahl von 1975 ihr vorheriges Ergebnis noch übertreffen und erreichten mit 53,9 Prozent der Stimmen ihr bis heute bestes Resultat. Mit seiner Kanzlerkandidatur 1976 verband sich der Wechsel Kohls in den Bonner Betrieb. An seine Stelle trat der bisherige Kultusminister Bernhard Vogel.

Nach Jahren der Reformen setzte unter Vogel eine Phase der Konsolidierung ein, zu deren Kern es gehörte, begonnene Projekte, wie den Ausbau der rheinland-pfälzischen Hochschullandschaft, erfolgreich fortzuführen.³⁶ Bestimmt wurde die Arbeit jener Jahre freilich auch durch die Öl- und Wirtschaftskrisen Ende der 1970er und zu Beginn der 1980er Jahre. Die Regierung Vogel versuchte mit Deregulierungsmaßnahmen und mit der Förderung innovativer Projekte wie beispielsweise dem Kabelpilotprojekt Ludwigshafen – der häufig als

³⁶ Vgl. Kißener (2006), S. 117.

medienpolitischer „Urknall“ bezeichneten privatwirtschaftlichen Öffnung des Rundfunkmarktes – Rechnung zu tragen.

Auch mit dem neuen Ministerpräsidenten blieb die Union in den folgenden Landtagswahlkämpfen erfolgreich und konnte ihre absolute Mehrheit, wenngleich mit leichten Verlusten, verteidigen. Trotzdem begann sich innerparteilicher Widerstand zu regen, der sich zunehmend auch an der Amtsführung des Ministerpräsidenten rieb. Vierzig Jahre, also über zehn Legislaturperioden hinweg, hatte die CDU in Rheinland-Pfalz eine parteipolitische Hegemonialstellung – mit absoluten Mehrheiten 1971 und 1983 – eingenommen. Es braucht nicht allzu viel Fantasie um sich vorzustellen, dass ein derartiger Erfolgsprozess und die lange andauernde Regierungsverantwortung zu Verkrustungen sowie zu Transparenz- und Innovationsverlusten führen können. Die Landtagswahl 1987, bei der die Union fast sieben Prozentpunkte einbüßte und die Grünen erstmals den Einzug in den Landtag schafften, schien den innerparteilichen Kritikern um den Fraktionsvorsitzenden Hans-Otto Wilhelm Recht zu geben.³⁷ Der nach außen offen ausgetragene innerparteiliche Konflikt, der einen vorläufigen Kulminationspunkt in der Kampf-Kandidatur Wilhelms um den Parteivorsitz fand, sollte stilbildend für die Auseinandersetzungen der kommenden Jahre werden. Vogel unterlag Wilhelm 1988 auf dem Landesparteitag bei der Wahl zum Vorsitzenden und trat mit den legendär gewordenen Worten „Gott schütze Rheinland-Pfalz“, von seinen Ämtern zurück. Da sich Wilhelm zuvor massiv für eine Ämtertrennung eingesetzt hatte, erwies sich der Parteitagserfolg schnell als Pyrrhussieg, denn nun musste Ersatz für das Amt in der Staatskanzlei gefunden werden.

Auf Drängen seiner Parteifreunde erklärte sich Carl Ludwig Wagner bereit, dieses Amt zu übernehmen. Seine nur drei Jahre währende Regierungszeit sollte indes unter keinem glücklichen Stern stehen. Dies verhinderte schon alleine die Art und Weise, wie Wagner ins Amt gekommen war. Darüber hinaus wurde der teils negative Eindruck durch unglückliche Äußerungen Wagners zu etwaigen Koalitionsmöglichkeiten mit den Republikanern nicht eben gemildert.³⁸ Es wäre sicher zu einfach, Wagner und Wilhelm allein verantwortlich für den Macht-

³⁷ Auch die Liberalen schafften unter Rainer Brüderle den Einzug in den Landtag, den sie bei der Wahl 1983 überraschend deutlich verpasst hatten.

³⁸ Vgl. Kißener (2006), S. 122.

verlust der CDU nach vierundvierzig Jahren zu machen. Gleichwohl sollten sie ihren Teil dazu beitragen, dass die Union mit der Landtagswahl vom April 1991, nachdem sie erneut über sechs Prozent verloren hatte, erstmals nicht mehr stärkste Kraft im Mainzer Deutschhaus wurde. Eine Ära war zu Ende gegangen, in der Schlussphase wohl stark beschleunigt durch innerparteiliche Querelen, Verschleißerscheinungen, vor allem aber politische Stilbrüche und Profilverlust.

3.3 Scharping und Beck: Eine neue Ära?

Trotz der bereits angeführten Verluste der Union bei den Wahlen in den 1980er Jahren erschien eine Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten oder gar die Führung einer Regierung durch die SPD noch beim 40-jährigen Landesjubiläum 1987 nahezu utopisch. Zu deutlich war bis dahin die politische Hegemonialstellung der CDU gewesen. Doch auch Rheinland-Pfalz befand sich nicht außerhalb der gesamtgesellschaftlichen Trends und Modernisierungsprozesse. Mit der Erosion soziokultureller Milieus und dem damit einhergehenden Verlust tradierter Bindungen veränderte sich auch das politische Vorfeld der Parteien. Das betraf vor allem die politische Orientierung der überwiegend katholischen Bevölkerung in weiten Gebieten von Hunsrück, Eifel und Westerwald – Regionen, in denen traditionell die politischen Hochburgen der Union lagen.

Neben diesen strukturellen Veränderungen kann man als unmittelbare Ursachen für die Wahl des ersten sozialdemokratischen Ministerpräsidenten die angesprochene Zerrissenheit der Landes-CDU, der für die CDU negative bundespolitische Trend und eine moderne, ebenso kluge wie aggressive Wahlkampfführung Scharpings ausmachen.³⁹

In seinem politischen Werdegang weist Scharping unverkennbare Parallelen zu Helmut Kohl auf. Auch Scharping war in jungen Jahren, bereits kurz nach seinem Magisterexamen an der Universität Bonn, Landtagsabgeordneter geworden und hatte sich fortan mit dem altgedienten, konservativen Parteiestablishment auseinanderzusetzen.⁴⁰ 1985 zum Fraktionsvorsitzenden und Vorsitzenden der Landespartei

³⁹ Vgl. Mielke/Eith (2000), S. 259.

⁴⁰ Vgl. Leif Ibid., S. 444.

gewählt, gelang es ihm, in zäher Kleinarbeit das organisatorische und strukturelle Defizit der Landespartei zu überwinden und die drei Bezirke in einem Landesverband zu einen. Wie tief die Gräben zwischen den Bezirken teilweise waren, mag eine Anekdote illustrieren, die Kurt Beck in seiner Autobiografie über seinen ersten Tag in der Landtagsfraktion 1979 erzählt:

„Ich ging völlig unbedarft dorthin und setzte mich auf einen freien Platz. Von diesem wurde ich aber sofort vertrieben. Die Altvorderen meinten, so gehe das nicht, in dieser Reihe säßen ausschließlich die Rheinland-Hessen-Nassauer, Südpfälzer würden woanders platziert sein. Ich fragte mich, wo ich da nur hingeraten war. Man saß nach Parteibezirken getrennt und duldet keine Grenzüberschreitungen. So kleinkariert hatte ich mir die Landtagsfraktion nicht vorgestellt.“⁴¹

Zwar erlitt die Partei mit Scharping als Spitzenkandidat bei der Wahl 1987 noch leichte Verluste, mit der Wahl 1991 erzielte die SPD aber ihr bis dahin bestes Ergebnis und konnte nach Jahrzehnten der Oppositionszeit eine sozial-liberale Koalition, die einzige im Bundesgebiet, bilden.

Mit dem Regierungswechsel ging auch eine Modernisierung der Staatskanzlei einher, die sich nach Joachim Raschke und Thomas Leif am besten unter der Überschrift „Wissen ist Macht“ subsumieren lässt.⁴² So wurde in der Staatskanzlei eine Abteilung für „Grundsatzfragen und Regierungsplanung“ eingerichtet, die auch über nicht-öffentliche Expertenrunden, in denen konträre wissenschaftliche Standpunkte vorgetragen und erörtert wurden, zu einer zeitgemäßen Form der Politikberatung beitrug. Diese sachorientierte Herangehensweise entsprach, bei allem Machtinstinkt Scharpings, wohl auch dessen persönlichem Politikstil. Neben diesen organisatorischen Veränderungen zeichneten sich die ersten Regierungsjahre durch eine ganze Reihe von Kreisbereisungen aus, bei denen versucht wurde, kommunale Probleme zu analysieren und die Problemlösung in konkretes Regierungshandeln zu übersetzen. Trotz der seit den 1980er Jahren stärker ins Bewusstsein gerückten Umweltproblematik standen auch für die sozial-liberale Koalition die Förderung von Wirtschaft und Arbeit ganz

⁴¹ Beck (2008), S. 74.

⁴² Vgl. hierzu ausführlich: Leif/Raschke (1994), S. 30 ff.

oben auf der politischen Agenda. Der angespannten Haushaltlage trug die Regierung Scharping durch den Verkauf der Landesanteile an der Landesbank Rheinland-Pfalz, verschiedenen Strukturverschlankungen und einer ‚Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz‘ Rechnung. Mit dieser Politik, die teilweise eben auch auf der Idee eines möglichst schlanken Staates fußte, einer nur bedingt als sozialdemokratisch zu identifizierenden Politikvorstellung, hielt Scharping seine Politik bewusst auf dem Kurs des sogenannten bürgerlichen Lagers. Er orientierte sich damit an den nach wie vor virulenten gesellschaftlichen Strukturen im Lande – ein nicht zuletzt auch soziokulturell fundiertes Machtkalkül.

Scharping, auch hier findet sich eine Parallele zu Kohl, hatte früh die Bedeutung eines bundespolitischen Engagements erkannt und die sich ihm hierfür bietenden Gelegenheiten genutzt. Nach dem überraschenden Rücktritt des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden Björn Engholm setzte er sich bei der Urwahl des SPD-Vorsitzenden gegen Gerhard Schröder und Heidemarie Wiczorek-Zeul durch und wechselte 1994 als Kanzlerkandidat, nach nur drei Jahren Regierungszeit im Amt des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten, ganz auf die bundespolitische Ebene. Seinem Nachfolger, dem damaligen Fraktionsvorsitzenden Kurt Beck, blieb somit nur wenig Zeit, sich vor der nächsten Landtagswahl als Ministerpräsident im Amt zu profilieren.

Aber auch Kurt Beck sollte der parteipolitische Gegner in die Karten spielen. Hatte Helmut Kohl in den 1970er Jahren Heiner Geißler noch gegen Bernhard Vogel in der Auseinandersetzung um den Landesvorsitz unterstützt,⁴³ wollte der Bundesvorsitzende nun Geißler, mit dem es nach dem ‚Putschversuch‘ vom Bremer Parteitag der CDU zum Bruch gekommen war, um jeden Preis verhindern und setzte Johannes Gerster als Landesvorsitzenden durch.⁴⁴ Es bleibt freilich Spekulation, welches Ergebnis ein Spitzenkandidat Geißler bei der Landtagswahl 1996 erreicht hätte. So darf aber vermutet werden, dass der in Rheinland-Pfalz beliebte und bekannte ehemalige Landessozialminister dem Amtsinhaber die Wiederwahl deutlich schwerer gemacht hätte. Die SPD konnte jedenfalls bei der ersten Wahl unter Beck nicht an ihr

⁴³ Vgl. Vogel/Vogel (2009), S. 188.

⁴⁴ Vgl. Bickerich (1995), S. 99.

starkes Ergebnis von 1991 anknüpfen. Dieses Niveau sollte sie erst mit den Wahlen von 2001 und 2006 wieder erreichen. Die schwachen Ergebnisse der Union ermöglichten aber zunächst eine Fortsetzung der sozial-liberalen Koalition.

Im Laufe der Jahre konnte Kurt Beck durch seinen von persönlicher Nähe und Offenheit gekennzeichneten Politikstil – „Nah bei den Menschen“ – an das von Altmeier und Vogel geprägte Bild des Landesvaters anknüpfen. „Bei Kurt Beck ist es eine Art immer wieder gefühlte Alltagsempirie, die seine Bodenständigkeit und Verwurzelung ausmachen.“⁴⁵ Strukturell versinnbildlicht die Einrichtung eines bei der Staatskanzlei angesiedelten Bürgerbüros den Politikstil Becks. Das Jahr 2000 wurde von den Sozialdemokraten zu einer neuerlichen Restrukturierung der innerparteilichen Organisationen genutzt. Die bisherigen Bezirke Pfalz, Rheinhessen und Rheinland/Hessen-Nassau wurden zum Landesverband Rheinland-Pfalz verschmolzen. Entsprechend sieht die neue Satzung (2002) als Untergliederungen nur noch Unterbezirke und Ortsvereine vor.

Nach der Wahl 2006, bei der Bündnis '90/Die Grünen an der Fünfprozenthürde scheiterten, konnte die SPD in einem ehemaligen südwestdeutschen Kernland der Union alleine die Regierung bilden. Die Sozialdemokraten hatten im Wahlkampf gegen den hölzern wirkenden Spitzenkandidaten der Union, Christoph Böhr, ganz auf Personalisierung und somit auf den inzwischen weit über die Kernklientel von SPD-Wählern hinaus geachteten Landesvater gesetzt.⁴⁶ Während die SPD mit dieser Strategie ihr bis dahin bestes Ergebnis von 1991 sogar noch leicht übertreffen konnte, erzielte die CDU unter Böhr mit nur noch 32,8 Prozent der Stimmen ihr schlechtestes Ergebnis. Im Vorfeld der Wahl waren einmal mehr die seit dem Sturz Vogels teils ungelösten innerparteilichen Konflikte wieder aufgebrochen und hatten zunächst zu erheblichen Auseinandersetzungen um eine erneute Kandidatur Böhrs geführt.⁴⁷

Mit Blick auf den electoral cycle^{47x} können für die Landtagswahl von 2006 zwei Dinge festgehalten werden: Die vorgezogene Bundestags-

⁴⁵ Sarcinelli (2007), S. 56. ⁴⁶ Vgl. Jun/Höhne (2007), S. 93. ⁴⁷ Vgl. Mielke Ibid., S. 249.

^{47x} vereinfacht gesagt, geht die electoral cycle Theorie davon aus, dass Wahlen in den Gliedstaaten vom Wahlergebnis und der Politik auf der Bundesebene beeinflusst werden

wahl entzog der Wahl deutlich ihren bundespolitischen Charakter und mit der im Bund gebildeten Großen Koalition war auch die wichtige Konfliktlinie zwischen rot-grün und Union entfallen.

Das bundespolitische Engagement Kurt Becks als Parteivorsitzender der SPD weist nur auf den ersten Blick Parallelen zu seinen Vorgängern im Amt des Ministerpräsidenten, Kohl und Scharping, auf. Zwar war sich Beck seiner, allein schon aus den Wahlerfolgen resultierenden, Bedeutung bewusst, die noch durch seine singulär gewordene Erfahrung hinsichtlich sozial-liberaler Koalitionen unterstützt wurde. Aber gedrängt um das Amt hatte er sich nicht. Der erneute Wechsel an der Parteispitze war durch den überraschenden, gesundheitlich motivierten Rückzug des Brandenburger Parteihoffnungsträgers Mathias Platzeck notwendig geworden. So ließ sich Kurt Beck in die Pflicht nehmen. Dass die Aufgabe keineswegs einfach werden würde, war von vornherein daran zu ermesen, dass Beck zum siebten Vorsitzenden seit Hans-Jochen Vogel, der das Amt bis 1991 bekleidet hatte, gewählt wurde. Becks zweieinhalb Jahre an der Spitze der Sozialdemokratie standen denn auch unter keinem glücklichen Stern. Kurt Beck wollte einen Beitrag zur inneren Aussöhnung der seit der Agenda-Politik des SPD-Kanzlers Schröder tief verunsicherten Sozialdemokratie leisten. Er stieß von Anfang an aber auf große mediale und publizistische Widerstände, die er selbst als „*öffentliches Mobbing*“⁴⁸ beschreibt. Sein „*präsenzdemokratischer*“ Politikstil⁴⁹ verfiel offenkundig in der Berliner Arena, die sich mehr und mehr an den Präsentationsbedingungen und Publikumserwartungen einer Mediendemokratie ausrichtet, nicht. Ein erneuter personeller Umbau des Willy-Brandt-Hauses wäre aus machtpolitischer Sicht opportun gewesen, war vor dem Hintergrund der häufigen Führungswechsel und der damit einhergehenden bereits vollzogenen Struktur- und Personalwechsel ohne weitere innere Verwerfungen aber nicht umzusetzen. Er hätte wohl auch nicht Becks konsensorientiertem Stil entsprochen, der sich in seinem Bundesland stets auf die Solidarität seiner Partei und die Loyalität des Spitzenpersonals stützen konnte. Beck hatte auch darauf verzichtet, mit einem Eintritt in das Bundeskabinett unter Merkel ganz in die Bundespolitik zu wechseln. Er begründete dies später mit seiner Verpflichtung ge-

genüber den rheinland-pfälzischen Wählerinnen und Wählern sowie mit der Sorge, als Kabinettsmitglied, einmal der Richtlinienkompetenz der Kanzlerin unterstellt, nicht mehr mit ihr auf Augenhöhe verhandeln zu können. *„Außerdem behagte mir die Vorstellung nicht, als Vorsitzender der fast gleich starken Koalitionspartei von der Vorsitzenden der anderen Partei entlassen werden zu können“*,⁵⁰ so Kurt Beck.

Innerparteiliche Querelen um die Nominierung Frank-Walter Steinmeiers zum Kanzlerkandidaten und dessen Wahlkampfteam führten letztlich zur überraschenden Demission Becks nach nur zweieinhalb Jahren als Vorsitzender der Bundespartei. Die Frage, warum sich politische Erfolge auf Landesebene nicht zwingend in bundespolitische Münze umsetzen lassen, bedürfte einer näheren sozialwissenschaftlichen Analyse und kann hier nicht vertieft werden. Einmal mehr zeigt allerdings der „Fall“ Beck, dass sich die politischen Anforderungen und Kompetenzen, vor allem was Stil- und Kommunikationsfragen anbelangt, zwischen den politischen Ebenen Land und Bund sehr unterscheiden. Das gilt nicht nur für die Parteiorganisationen, sondern auch für die Medienlandschaft. Vor allem unter dem publizistischen Dauerfeuer hatte auch Helmut Kohl noch in Bonn, dem ähnlich wie Kurt Beck der Geruch des Provinziellen anhaftete, zu leiden. Konnte Kohl letztlich durch seine langjährige Kanzlerschaft, durch die Kenntnis und Pflege seines personellen Parteinetzwerkes bis in die Ortsverbände hinein, dann aber auch in seiner Rolle als „Kanzler der Einheit“ der Medienkritik standhalten, so verschärften sich noch die medialen Bedingungen für den rheinland-pfälzischen SPD-Bundesvorsitzenden auf den bundespolitischen Bühnen der ‚Berliner Republik‘.

Auf einige inhaltliche Schwerpunktsetzungen der „sozialdemokratischen Ära“ unter Scharping und vor allem Beck gilt es noch hinzuweisen: Mit dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, damals ein republikweites Novum, wurde an die sozialpolitisch progressive Tradition des Landes unter Heiner Geißler angeknüpft. Rheinland-Pfalz konnte in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre unter den westdeutschen Ländern den höchsten Versorgungsgrad an Kindergartenplätzen vorweisen. Mit dem Label „Kinderfreundliches Rheinland-

Pfalz“ verbanden sich eine Reihe von Initiativen, wie etwa die Kinder- und Jugendkonferenzen, mit denen der Ministerpräsident auch symbolisch die Teilhaberechte von Kindern und Jugendlichen zum Ausdruck brachte und bringt. Bildungspolitisch wurden u.a. durch die Bereitstellung neuer Lehrerstellen, durch verbesserte Durchlässigkeit und Zugangsmöglichkeiten im Bildungswesen sowie erstmals durch ein Bildungsfreistellungsgesetz und nicht zuletzt durch die Gebührenfreiheit des Erststudiums Akzente gesetzt. Die sozialliberale Landesregierung trieb die Einrichtung und Förderung von Ganztagschulen wie dann auch später die Ganztagsbetreuung an Kindertagesstätten im Lande voran. In beidem übernahm das Land eine gewisse Vorreiterrolle.

Vor eine besonders große Herausforderung in wirtschafts- und strukturpolitischer Hinsicht sah sich das Land durch die Konversion gestellt, also die Überführung zuvor militärisch genutzter Objekte in eine zivile Nutzung. Jahrzehntlang war Rheinland-Pfalz der „Flugzeugträger“ der NATO und hatte die Lasten einer massiven militärischen Präsenz alliierter Truppen zu tragen. Es profitierte aber auch gerade in den strukturschwachen Gebieten der Westpfalz, des Hunsrücks und des Westerwalds von den wirtschaftlichen Vorteilen der hohen Militärpräsenz. Großvolumige Konversionsprogramme wurden aufgelegt. Zwischen 1991 und 2005 wurden dafür rund 1,3 Milliarden Euro aufgewendet. Die zivile Nutzung der Flughäfen Hahn und Zweibrücken oder der Umweltcampus Birkenfeld gelten als Erfolgsmodelle dieser Politik. Ergänzt wurden die Konversionsprogramme durch kommunale Entwicklungs- und Städtebauförderprogramme sowie durch strukturpolitische Maßnahmen zur Verbesserung des Regionalverkehrs. Mit dem „Rheinland-Pfalz-Takt“ wurde das Land zum verkehrspolitischen Vorreiter in der Republik.

Mit einer ambitionierten, aufgrund des demographischen Wandels als notwendig erachteten Kommunal- und Verwaltungsreform hat sich die Landesregierung über die laufende Legislaturperiode hinaus eines politischen Großvorhabens angenommen, dessen Realisierung nicht ohne Konflikte möglich sein wird. Dabei verlaufen die Konfliktlinien

weniger zwischen den Parteien als vielmehr zwischen den kommunalen Ebenen beziehungsweise Gebietskörperschaften in einzelnen Regionen.⁵¹

Rheinland-Pfalz hat seit seinen Anfängen wie viele – aber eben auch nicht alle – Regionen in Deutschland eine bemerkenswerte gesamtwirtschaftliche Entwicklung durchlaufen. Das vormals spöttisch als „Land der Reben und Rüben“ bezeichnete Bundesland habe, so der Ministerpräsident, eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten im Bundesgebiet und gehöre zur Spitzengruppe der europäischen Hightechregionen.⁵²

Verbindet sich mit diesem Abschnitt die Frage nach einer neuen Ära, in der die SPD die Union in ihrer Hegemonialstellung in Rheinland-Pfalz möglicherweise beerbt hat, so ist vor vorschnellen Schlussfolgerungen zu warnen. Rückblickend lässt sich heute nach fast zwanzigjähriger Regierungszeit sicher von einer sozial-liberal und sozialdemokratisch geprägten Ära sprechen. Zugleich sind Zweifel an der These von einer neuen, nunmehr sozialdemokratischen Hegemonialstellung anzumelden. Einen ersten Hinweis hierzu hatte bereits der Vergleich des Wählerverhaltens der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer bei Bundestagswahlen (Tabelle 1) und bei Landtagswahlen geliefert. Gerade dieser macht deutlich, dass die CDU weiterhin in Rheinland-Pfalz Ergebnisse erzielen konnte, die über dem Bundestrend lagen. Auch bei den Kommunalwahlen zeigt die Union im Lande, dass von einem sozialdemokratisierten Rheinland-Pfalz nicht die Rede sein kann. Hier unterscheiden sich beobachtbare Veränderungen in Rheinland-Pfalz strukturell nicht von Entwicklungen, die auch in anderen Bundesländern festzustellen und die durch eine im folgenden noch kurz zu skizzierende gesellschaftliche Modernisierung und zunehmende Mobilität im politischen Verhalten der Bürgerinnen und Bürger gekennzeichnet sind.

⁵¹ Vgl. dazu: Sarcinelli, et al. (2009).

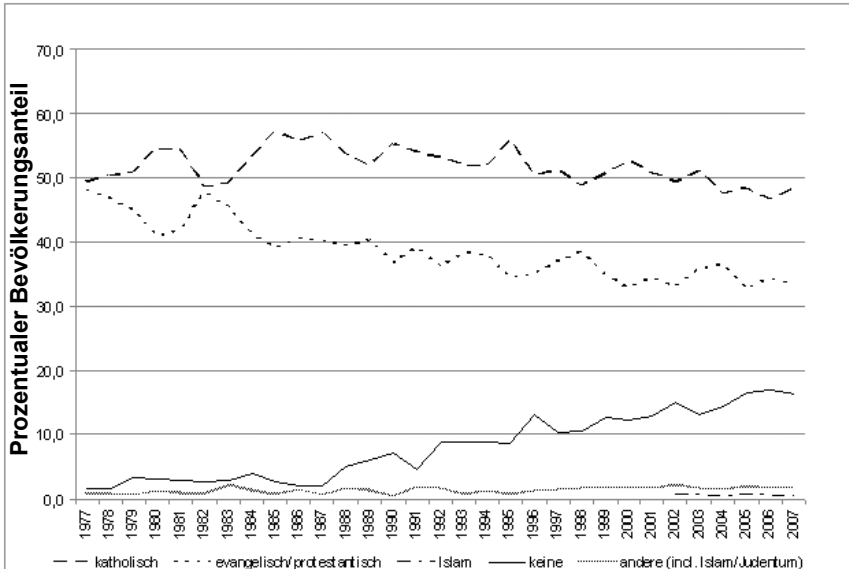
⁵² Vgl. Plenarprotokoll-14/2 (2001), S. 27.; die Daten zu den Berufsaus- und Berufseinstiegspendlern relativieren diese Bilanz. So betrug die Zahl der Berufsauspendler im Jahr 2007 rd. 150 Tsd. Erwerbstätige vgl. Diller (2010).

4 Gesellschaftlicher Wandel und Parteiendemokratie in Rheinland-Pfalz

4.1 Sozioökonomische und soziokulturelle Veränderungen

Struktur und Entwicklung eines Parteiensystems sind eng verbunden mit der Existenz und Überlagerung alter und neuer Konfliktlinien (cleavages). In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden, sind diese Konfliktlinien bei allen historischen Wandlungsprozessen nach wie vor noch prägend für die Organisation politischer Willensbildung, für die Partizipationsstruktur wie überhaupt für die politische Kultur des Landes.⁵³ Als klassische Konfliktlinien für Deutschland lassen sich der Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Protestantismus und Katholizismus – später religiös-kirchlich vs. säkularisiert – oder der Konflikt zwischen Stadt und Land unterscheiden. Lediglich die für die Bildung der Partei Bündnis 90/Die Grünen maßgebliche neue Konfliktlinie Ökologie vs. Industrialismus ist ein „Kind“ der 70er und 80er Jahre des letzten Jahrhunderts.

Abbildung 1: Konfessionszugehörigkeit



Quelle: (Falter 2010), kumulierte Politbarometerdatensätze, 1977-2007.

⁵³ Vgl. Beyme (2004), S. 136.

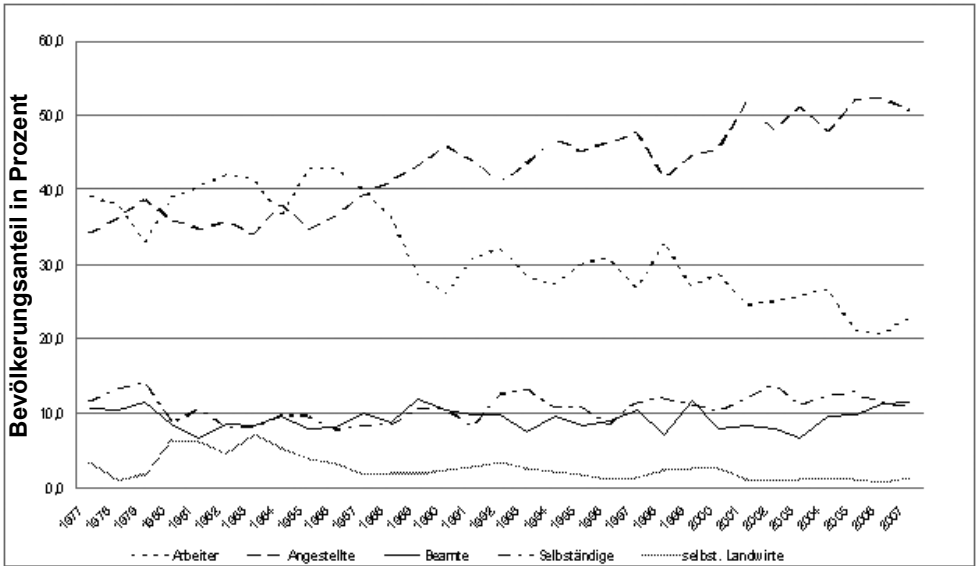
Auch für die Bildung der Hegemonialstellung einer Partei im Rahmen der regionalen politischen Kultur eines Bundeslandes sind diese Konfliktstrukturen und ihre Besetzung im parteipolitischen Wettbewerb von zentraler Bedeutung.⁵⁴ Diese entstehen einerseits in Reaktion auf ökonomische und soziokulturelle Bedingungen, andererseits wirken die damit einhergehenden institutionellen Strukturen und politisch-kulturelle Entwicklungen auf eben diese Bedingungen wieder zurück.

Für die Anfangsjahre von Rheinland-Pfalz ist eine für die Unionsparteien klassische Milieustruktur unverkennbar. So konnte sich in dem mehrheitlich katholischen und agrarisch geprägten Flächenland mit nur wenigen industriellen Ballungszentren zunächst eine strukturelle Asymmetrie zwischen Union und SPD ausbilden, die für die rheinland-pfälzische Parteienlandschaft für fast vier Jahrzehnte kennzeichnend war. Trotz eines bemerkenswerten ökonomischen Strukturwandels spielt der agrarische Bereich weniger für die Wertschöpfung, aber doch für das Erscheinungsbild, für Identität, regionale Kultur und nicht zuletzt für die Folklore des Landes eine nicht unwichtige Rolle. So verfügt Rheinland-Pfalz über eines der größten zusammenhängenden Waldgebiete in der Bundesrepublik. In den sechs rheinland-pfälzischen Weinanbaugebieten werden etwa zwei Drittel des gesamten deutschen Weines erzeugt. Zwar lag der Wertschöpfungsanteil der Landwirtschaft im Jahr 2008 mit 1,3 % um 0,4 Punkte höher als der Bundesdurchschnitt.⁵⁵ Bei aller Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges für das Image des Weinlandes Rheinland-Pfalz können diese Zahlen jedoch nicht über einen Entwicklungsprozess hinwegtäuschen, der auch in Rheinland-Pfalz über die Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft geführt hat.

⁵⁴ Vgl. Mielke/Eith (2000), S. 255.

⁵⁵ Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2009), S. 78.

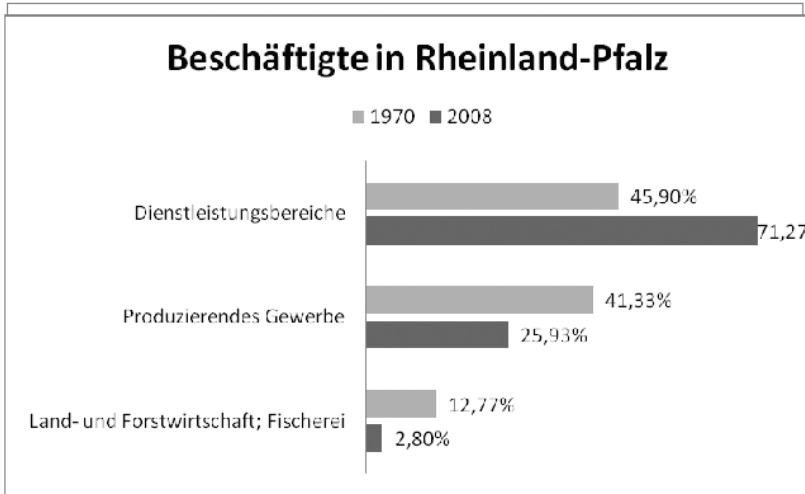
Abbildung 2: Entwicklung der Berufsgruppen



Quelle: (Falter 2010), kumulierte Politbarometerdatensätze, 1977-2007.

Die vergleichende Betrachtung zur Veränderung der Beschäftigungsstrukturen in der Zeit von 1970 bis 2008 macht dies deutlich. Der gesellschaftliche Transformationsprozess, der mit der deutlichen Zunahme von Beschäftigungsverhältnissen im Dienstleistungsbereich und dem Rückgang der Beschäftigung im produzierenden Gewerbe sowie in der Land- und Forstwirtschaft einherging, ist mit einer Zunahme der Gesamtbeschäftigungsverhältnisse um rund 345.000 zwischen den beiden Messpunkten verbunden.

Abbildung 3

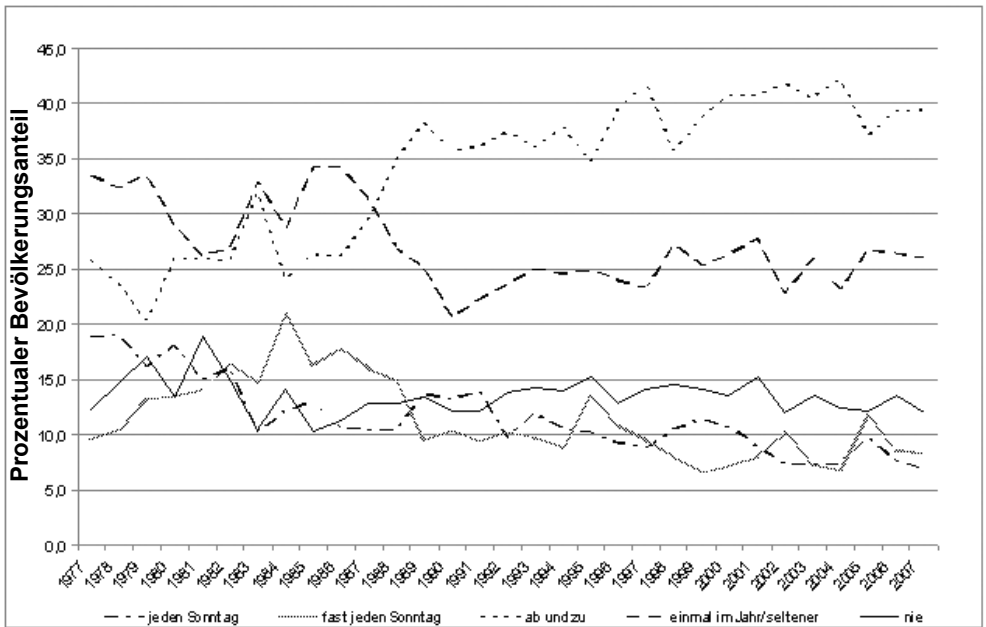


Quelle: eigene Darstellung nach den Daten des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz

Auch hinsichtlich der zweiten skizzierten Konfliktlinie zeichnet sich im Verlauf der letzten Jahrzehnte eine wachsende Entkoppelung weltlicher und religiöser Bereiche ab. Dieser fundamentale Wandel findet seinen Ausdruck in einer Säkularisierung, vor allem im Sinne wachsender Distanz zur Institution Kirche, sowie in einer insbesondere durch Migration hervorgerufenen religiösen Ausdifferenzierung der Gesellschaft. Zumindest mit Blick auf das christlich-religiöse Lager muten die beschriebenen Anstrengungen der Gründerväter zur Überwindung der konfessionellen Spaltung innerhalb einer politischen Partei aus heutiger Sicht, wie „aus der Zeit gefallen“ an. Dass dies in der zweiten Hälfte der 1940er und in den 1950er Jahre jedoch politisch-visionäre Forderungen und Modernisierungsanstöße waren, zeigen die seinerzeit lebhaften inner- und zwischenparteilichen Konflikte.

Die Pluralisierung der Gesellschaft, die hier nur anhand von zwei Aspekten schlaglichtartig beleuchtet werden sollte, hat zu einer deutlichen Schwächung der ehemals dominierenden Konfliktlinien geführt. Dass deren schleichender Bedeutungsverlust keineswegs bis zur Bedeutungslosigkeit reicht, kann ein Blick auf Parteihochburgen zeigen, von Gebieten also, in denen Parteien über einen längeren Zeitraum hinweg herausragende Stimmanteile erzielt haben. So ergab eine entsprechende Untersuchung anlässlich der Bundestagswahl 2009, dass der Anteil der Katholiken in CDU-Hochburgen mit 70 Prozent, der Anteil der Protestanten in SPD-Hochburgen mit über 60 Prozent überproportional hoch war.⁵⁶ Wie die folgende Abbildung zeigt, hat auch in Rheinland-Pfalz die Anzahl der Menschen mit Kirchenbindung, sofern man diese in der Messgröße „Kirchgangshäufigkeit“ zum Ausdruck bringen kann, nachgelassen.

Abbildung 4: Kirchgangshäufigkeit



Quelle: (Falter 2010), kumulierte Politbarometerdatensätze, 1977-2007.

⁵⁶ Vgl. Kirschey (2009), S. 830 f.

Freilich ist die Zahl der Parteihochburgen insgesamt im Verlauf der Jahrzehnte drastisch zurückgegangen. Hierzu beigetragen haben Entkirchlichungsprozesse, von denen auch der ländliche Raum erfasst wurde. So gibt es zwar noch eine weltanschaulich gebundene, gleichwohl schrumpfende Kernklientel. Insgesamt aber erschwert die zunehmende Volatilität des Elektorats, also die Abnahme und generelle Instabilität von Parteibindungen, sowie die schwankende und in der Regel sinkende Wahlbeteiligung, auch in Rheinland-Pfalz die Bildung einer dauerhaften Hegemonialstellung.⁵⁷ Wenngleich die Ergebnisse der Landtagswahlen auf den ersten Blick einen anderen Schluss zulassen, bilden also auch die rheinland-pfälzischen Parteien keine Ausnahme vom generellen Trend. Ob damit im Lande Rheinland-Pfalz das Zeitalter der Volksparteien schon seinem Ende entgegen sieht, wie dies mit Blick auf die Bundesrepublik inzwischen prognostiziert wird,⁵⁸ erscheint eine gewagte Aussage, welche die Reform- und Mobilisierungsfähigkeit politischer Großorganisationen ebenso wie die Mobilisierungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger möglicherweise unterschätzt.

4.2 Politische Kultur, Wahlverhalten und Parteiensystem

Auch wenn die Bindungskraft der ideologischen Kerne bei den beiden Volksparteien über die Jahre an Wirkung verloren hat, so gilt dies ja für beide politischen Lager und kann somit allenfalls erklären, warum inzwischen mehr für ein Ende politischer Hegemonie im Lande Rheinland-Pfalz spricht als für die Annahme, die Hegemonialstellung der Union im Land sei inzwischen an die SPD übergegangen.⁵⁹

Dabei sollte nicht übersehen werden, dass Parteiorientierung oder gar Parteiidentifikation zwar einen wichtigen, die Wahlentscheidung beeinflussenden Faktor darstellt. Neben langfristiger Bindung sind es aber zunehmend gerade die kurzfristigen Faktoren, insbesondere das aktuelle Personalangebot, Problemlösungskompetenz in maßgeblichen Politikfeldern sowie die aktuelle Problemlage, die das Wählerverhalten beeinflussen. Auch deuten Wählerbefragungen darauf hin, dass der Prozess eine Entkoppelung von Sozialstruktur und politischem

⁵⁷ Vgl. Decker (2007), S. 28 f. ⁵⁸ Vgl. pointiert dazu: Lösche (2009); vgl. ebenso das Themenheft der Zeitschrift „Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen“, dessen H. 1/2010 dem Thema „Ende der Volksparteien?“ gewidmet ist.

⁵⁹ Vgl. zur politischen Kultur in Rheinland-Pfalz auch: Sarcinelli (2000).

Verhalten (Dealignment) und vor allem der abnehmenden Parteiidentifikation im Sinne einer dauerhaften gefühlsmäßigen Bindung an eine Partei, die in den letzten Jahrzehnten in Rheinland-Pfalz eine eher untergeordnete Rolle gespielt hat.⁶⁰ Offensichtlich scheint es insbesondere der rheinland-pfälzischen SPD in mehr als zwei Jahrzehnten Regierungsverantwortung gelungen zu sein, in den Wahlkämpfen inhaltlich zustimmungsfähige Schwerpunkte zu setzen und überzeugende personelle Alternativen zu bieten. Dies muss insbesondere für die Landtagswahl 2006 gelten, die nur wenig unter den sonst üblichen Vorzeichen des politikverflochtenen, föderalen Parteienwettbewerbs stand. Anders als man vermuten könnte, ging es bei der Wahl nicht um einen ersten Stimmungstest für die neu gebildete große Bundeskoalition aus CDU/CSU und SPD, sondern um die Auseinandersetzung mit landespolitischen Themen.⁶¹

Auch mit Blick auf die häufig diskutierte Personalisierungstendenzen stellt der letzte Landtagswahlkampf (2006) in gewissem Sinne eine Besonderheit dar. Das ist weniger der Personalisierung als vielmehr einer konsequenten Ent- oder besser Nicht-Personalisierung seitens der Opposition geschuldet. Es ist fast schon ein Allgemeinplatz, dass das deutsche politische System aufgrund seiner nach wie vor relativ starken Parteiendemokratie und des mit ihr verbundenen Parteienwettbewerbs weit weniger für personalisierte „one-man-shows“ taugt, als es in anderen Systemen der Fall ist.⁶² Dies mag den medialen Alltagswahrnehmungen von Politik widersprechen, gilt aber wissenschaftlich als wenig strittig. Dass dies keineswegs ausschließt, innerhalb eines Wahlkampfes auf Personalisierungselemente zurückzugreifen und die Kampagne auch auf den populären Landesvater zuzuschneiden, wie dies die SPD im Landtagswahlkampf 2006 getan hatte, ist auch keine Einsicht, die sich nur aus der Beobachtung eben dieses Wahlkampfes speist. Es ist vielmehr eine Konsequenz aus der Schlüsselrolle, die den Ministerpräsidenten in der mitunter als „Ministerpräsidentendemokratie“ bezeichneten Landespolitik zukommt. Dieses Rollenverständnis wird in der Regel durch die Kampagnen konkurrierender Bewerber aufgegriffen, weshalb es doch außergewöhnlich ist, wenn fast gänzlich

⁶⁰ Vgl. Maier/Glantz (2010).

⁶¹ Vgl. Koch-Baumgarten (2008), S. 163 ff.

⁶² Vgl. Lehmbruch (2000).

auf das Stilmittel der Personalisierung verzichtet wird. Die fast schon konsequente Missachtung des CDU-Spitzenkandidaten Christoph Böhr durch die Kampagne der eigenen Partei im Wahlkampf 2006 hat insofern sicherlich Seltenheitswert, gerade auch im Vergleich mit Oppositionsparteien in anderen Bundesländern, die ebenfalls gegen erfolgreiche und beliebte Amtsinhaber antreten mussten.⁶³

Die Frage, ob auch der nächste Landtagswahlkampf – diesmal unter gänzlich veränderten bundespolitischen Vorzeichen – Raum für einen stark landesspezifischen, themenbezogenen Wahlkampf bieten kann, soll Gegenstand der thesenartig vorgetragenen Schlussbetrachtung sein. Dies gilt ebenso für die Frage, ob sich mit der Nominierung der Parlamentarischen Staatssekretärin Julia Klöckner als Spitzenkandidatin der Union für die Landtagswahl 2011 und dem damit einhergehenden Kandidaturverzicht des Fraktions- und Parteivorsitzenden Christian Baldauf, die Überwindung innerparteilicher Konflikte in der CDU des Landes verbindet. Neben dieser Personalentscheidung an der Spitze wird der Erfolg der Union nicht zuletzt von der personellen und organisatorischen Geschlossenheit der Partei insgesamt und von ihrer damit in Verbindung stehenden Attraktivität als potentieller Koalitionspartner abhängen.

Vor den abschließenden Thesen soll – mit Blick auf die Wahl – noch kurz auf die aktuelle organisatorische Aufstellung der aussichtsreichsten Parteien eingegangen werden.

4.3 Organisatorische Kennziffern der Parteien

Der Blick auf einige organisatorische Daten erlaubt nicht nur Einschätzungen zu Verwurzelung und Repräsentativität der Parteien und ist so auch ein möglicher Indikator für zukünftige Wahlerfolge in Rheinland-Pfalz, sondern erlaubt auch den Vergleich mit Parteistrukturen in anderen Bundesländern.⁶⁴

Tabelle 2: Organisatorische Kennziffern der Parteien in Rheinland-Pfalz

	CDU*	SPD**	FDP***	Grüne****	DieLinke*****
Mitglieder	49135	42463	5435	2337	1982
davon weiblich in %	23,30	29,47	21,80	36,70	26,34
Altersdurchschnitt in Jahren	56,5	57	52,1 (m) 54,7 (w)	k.A.	k.A.
Jugendanteil in % (16-29 Jahre) +	7,10	8,6	9,89	10,31	10,24
Anteil der 60-jährigen und Älteren in %	48,89	48,11	36,00	13,82	14,63
Organisation					
Bezirksverbände	3	–	4	–	–
Kreisverbände	36	–	32	34	30
Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbände	1244	1100	254	106	–
Hauptamtlich Beschäftigte	20	30	2	3 bis 6	3

Die Daten wurden zu Beginn des Jahres 2010 bei den Parteien erfragt und werden hier mit den von den Parteien angegebenen Stichtagen wiedergegeben.

** Daten zum 31.12.2009 ** Daten zum 31.12.2009 *** Daten zum 18.02.2010*

***** Daten zum 31. 12. 2009 (Basis der Altersangabe 93,8 % der Mitglieder)*

****** Daten zum 18.01.2010.*

+ Personen, die ausschließlich Mitglieder der Jugendorganisationen sind, wurden nicht berücksichtigt.

** Die Autoren bedanken sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Verantwortlichen in den Landesgeschäftsstellen. Wo möglich, wurden die Daten für die überblicksartige Darstellung von den Autoren aufbereitet.*

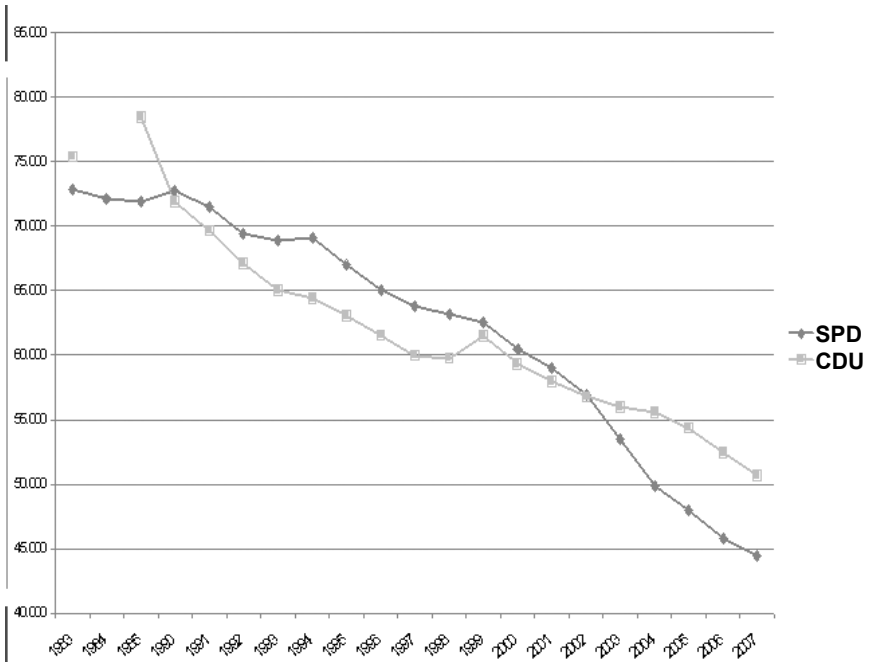
⁶⁴ Vgl. hierzu die Beiträge in: Kost, et al. (2010).

Durch die bereits angesprochene Strukturreform im Jahr 2000 und die Schaffung eines Landesbezirkes ist die Organisationsstruktur der SPD mit den anderen Parteien nur bedingt vergleichbar. Die Zahlen der hauptamtlichen Mitarbeiter stellen lediglich einen groben Richtwert dar, müsste hier doch hinsichtlich Mitarbeitern in Teilzeit und nach Funktion (Verwaltungstätigkeit oder politische Funktionen im engeren Sinn) weiter differenziert werden.

In Wahlkampfzeiten verändern sich die Werte ohnehin nach oben, wobei die jetzigen Zahlen hier eine gute Orientierung liefern können. So bestritt die FDP ihren letzten Landeswahlkampf mit einem nur drei Mitarbeiter umfassenden Wahlkampfteam.⁶⁵ Insgesamt geben die wenigen Organisationsdaten allerdings einen Eindruck davon, wie unterschiedlich die innerparteilichen Kommunikationsbedingungen (Mitgliederstruktur) und wie verschieden die organisationspolitischen Ressourcen sind, um im Lande politisch flächendeckend präsent zu sein.

Auch die Parteien in Rheinland-Pfalz sind von dem bundesweiten Trend in der Mitgliederentwicklung betroffen. Dies bezieht sich auf den Mitgliederrückgang, wo im Vergleich der Mitgliederhöchstzahlen Anfang der 1980er Jahre ein ebenso kontinuierlicher wie dramatischer Rückgang zu verzeichnen ist.

Abbildung 5: Mitgliederentwicklung von CDU und SPD in Rheinland-Pfalz, 1983-2006;



Quelle: (Jun 2010)

Es bezieht sich aber auch auf die Überalterung der Parteien, vor allem der beiden Volksparteien CDU und SPD.

Für Bündnis '90/Die Grünen ist der Wiedereinzug in den Landtag auch mit Blick auf die innere Struktur von essenzieller Bedeutung. Aktuell dürfte die Partei von Mitgliedsbeiträgen und Quersubventionierungen profitieren, die ihr der Einzug von drei rheinland-pfälzischen Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ermöglicht. Bei aller Reserve, die gerade Bündnis '90/Die Grünen gegenüber parteipolitischer Professionalisierung haben, zeigt sich doch, dass der Partei mit dem Auszug aus dem Landtag wesentliche personelle und materielle Ressourcen fehlen, um landespolitisch deutlich sichtbar zu sein.

Wie überall in den sog. alten Bundesländern profitierte die Partei Die Linke vom Eintritt unzufriedener Sozialdemokraten, fungierte aber auch als Sammelbecken für Personen, die mit ihren Positionen in den etablierten Parteien bisher kein Gehör gefunden hatten. In Rheinland-Pfalz wird die Partei insbesondere im Süden von ehemaligen Sozialdemokraten dominiert, die gemeinsam mit Gewerkschaftsmitgliedern dort den Gründungskern bildeten. Bisher vermochte es Die Linke in Rheinland-Pfalz offensichtlich, innerhalb relativ kurzer Zeit hinsichtlich der Mitgliederzahlen und der Anzahl regionaler Unterorganisationen wie Kreisverbände zu den Grünen aufzuschließen. Gerade der Umstand als linke Sammlungsbewegung zu fungieren, die teils stark divergierende Interessen unter einem Dach zu vereinen sucht und zugleich nicht über herausragende Führungspersönlichkeiten verfügt, erschwert die innerparteiliche Koordinierung und strategische Positionierung. Mit dem Rücktritt des Landesvorsitzenden Alexander Ulrich haben sich die Wettbewerbsbedingungen hinsichtlich des anstehenden Landtagswahlkampfes der Partei nicht verbessert. Die letztlich zum Rücktritt Ulrichs führende Listenaufstellung für die Landtagswahl – dieser sprach von einem „*Spaltungsparteitag*“ – offenbarte die innere Zerrissenheit der Linkspartei in Rheinland-Pfalz und begründet Zweifel an deren Kampagnenfähigkeit im Landtagswahlkampf.⁶⁶

Auch in organisatorischer Hinsicht hat die Linkspartei freilich noch den größten Entwicklungsbedarf. Der seitens der Partei recht biedergeführte Landtagswahlkampf 2006 konnte auch in organisatorischer Hinsicht noch nicht mit den tradierten Parteien mithalten. Aus organisationspolitischer Sicht dürfte in der Zukunft hier insbesondere die Unterstützung durch die Bundespartei beziehungsweise durch andere Landesverbände eine Rolle spielen. So erfährt der Landesverband Rheinland-Pfalz insbesondere aus den an Rheinland-Pfalz angrenzenden Landesverbänden personelle und inhaltliche Unterstützung.

Insgesamt wird das weitere Schicksal der Partei Die Linke auch in Rheinland-Pfalz maßgeblich davon abhängen, inwieweit es der rheinland-pfälzischen Sozialdemokratie als Volkspartei gelingt, die politischen Strömungen links der Mitte zu repräsentieren.

Die ausgewählten Organisationsdaten der beiden großen Parteien mögen zunächst wenig bemerkenswerte Unterschiede ausweisen. Auffallend ist eigentlich eher eine Strukturähnlichkeit. So zeigt die kaum differierende Zahl der Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbände, dass CDU und SPD nahezu gleich flächendeckend präsent sind. Gleiches ist im Hinblick auf die Mitgliederzahlen zu beobachten. Auch diese wenigen Organisationskennziffern stützen die Einschätzung, dass es der Sozialdemokratie gelungen ist, die strukturelle Asymmetrie im Parteiensystem vergangener Jahrzehnte zu überwinden, ohne nun selbst eine Hegemonialstellung einzunehmen.

5 Entwicklungstrends und Perspektiven: abschließende Thesen

Am Anfang stand die Frage, ob die bis in die 90er Jahre bestehende Hegemonialstellung der CDU in Rheinland-Pfalz von einer sozialdemokratischen Hegemonialstellung abgelöst worden ist. Hierauf wurde zunächst in einem historischen Exkurs, dann in einer Würdigung des politischen Spitzenpersonals unter Konzentration auf die rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten und schließlich mit Blick auf gesellschaftliche Wandlungsprozesse, politisch-kulturelle und organisationsstrukturelle Aspekte eingehend eine Antwort zu geben versucht. Pointiert sollen abschließend noch einmal wesentliche Merkmale zu Entwicklung und Struktur der rheinland-pfälzischen Parteienlandschaft thesenartig zusammengefasst werden:

These 1

Die rheinland-pfälzische Parteienlandschaft war seit der Gründung des Landes fast vier Jahrzehnte gekennzeichnet durch eine strukturelle Asymmetrie zwischen der Union und der Sozialdemokratie. Das betraf sowohl die Stärken der beiden Volksparteien als auch deren Koalitionsoptionen für eine Mehrheitsbildung. Allerdings schwächte sich diese Asymmetrie zugunsten der CDU – etwa auch im Vergleich mit anderen Bundesländern wie vor allem Bayern und Baden-Württemberg, in denen ähnliche Strukturen für das Parteiensystem kennzeichnend waren bzw. noch sind⁶⁷ – im Verlauf der Jahrzehnte deutlich ab. Diese „Normalisierung“ politischer Wettbewerbsverhältnisse hat dann

auch die Bildung einer Koalitionsregierung durch SPD und FDP 1991 ermöglicht, der „Beginn einer neuen Ära“.⁶⁸

These 2

Aus dem einstigen christlich-demokratischen Stammland ist keine sozial-demokratische Hochburg geworden. Das signalisiert das Wahlverhalten auf den verschiedenen politischen Ebenen. Wie vor allem die Ergebnisse bei Bundestags- und Kommunalwahlen zeigen, verfügt die CDU in Rheinland-Pfalz über ein ausreichend großes Wählerreservoir, das sie durchaus in die Lage versetzen kann, Machtoptionen zu entwickeln, also auf Landesebene wieder mehrheitsfähig zu werden. Dabei wird die Überwindung innerparteilicher Konflikte und Führungsprobleme von zentraler Bedeutung sein.

These 3

Wie andere Bundesländer so hat auch Rheinland-Pfalz im Laufe der Jahrzehnte seines Bestehens einen Modernisierungsprozess durchlaufen, der nicht nur die Wirtschaftsstruktur und das Arbeitsleben betrifft, sondern auch den Wandel der für politisches Verhalten relevanten politisch-weltanschaulichen Grundlagen. Zu beobachten ist dieser Wandel vor allem in den einstmals stark kirchlich – vor allem katholisch – geprägten ländlichen Regionen des Landes mit der Folge einer Erosion einstmals fester sozialkultureller Milieus. Gleiches gilt, auch wenn Rheinland-Pfalz nur über wenige urbane Ballungszentren verfügt, für den Wandel industriell geprägter Städte zu Dienstleistungszentren. Die Folge dieses Wandels zeigt sich auch im Land an Rhein, Mosel, Ahr und Lahn, ganz ähnlich wie in anderen Bundesländern, in einer erhöhten politischen Mobilität der Bürgerinnen und Bürger.

These 4

Alles spricht dafür, dass auch in Rheinland-Pfalz Mehrheitsbildungsprozesse schwieriger werden. Es gehört nicht allzu viel Prognosefähigkeit zu der Vermutung, dass absolute Mehrheiten in Zukunft – wie in anderen Bundesländern und auf Bundesebene auch – höchst unwahrscheinlich sind. Zwar hat sich z.B. am Schicksal von Bündnis '90/Die Grünen gezeigt, dass Rheinland-Pfalz für neue Parteien ein besonders

schwieriges Pflaster ist. Aber auch hierzulande ist eine weitere Ausdifferenzierung der Parteienlandschaft hin zu einem Vier- oder Fünfparteiensystem wahrscheinlich, mit entsprechenden Folgen für eine Erweiterung von Koalitionsmöglichkeiten und für Regierungsbildung. Mehr denn je bestimmen Koalitionsoptionen über Machtperspektiven.

These 5

Das Schicksal der beiden großen Parteien CDU und SPD im Lande zeigt ganz deutlich, dass die Stärke der einen Partei – nicht nur, aber auch und wesentlich – mit der Schwäche der anderen Partei korrespondiert. Nicht zuletzt waren es innerparteiliche Konflikte, regionale Rivalitäten, organisationspolitische Unzulänglichkeiten und mangelnde Akzeptanz des eigenen Spitzenpersonals, welche den Ausschlag für strategische Schwächen der eigenen Partei und für strategische Vorteile des politischen Gegners boten.

These 6

Da Parteiensysteme auf der Länderebene aufgrund der herausgehobenen und auch bundespolitisch besonders sichtbaren Stellung der Ministerpräsidenten inzwischen in „Ministerpräsidentendemokratien“⁶⁹ operieren, kommt den jeweiligen Amtsträgern bzw. Ministerpräsidentenkandidaten für das landespolitische Schicksal einer Partei eine zentrale, wenn nicht die Schlüsselrolle zu. Insofern dürfte auch die inzwischen sichtbare Spitzenkandidatenkonstellation zwischen dem langjährigen Amtsinhaber Kurt Beck und der Herausforderin Julia Klöckner bei der Landtagswahl 2011 den politischen Wettbewerb zwischen den beiden Volksparteien umso mehr beleben, als aus dem einstigen christdemokratischen Stammland zwar ein inzwischen unverkennbar auch sozialdemokratisiertes Bundesland, jedoch keine sozialdemokratische Hochburg geworden ist.

Mit Blick auf gesellschaftliche Wandlungsprozesse, auf die Ausdifferenzierung des Parteiensystems und auf die zunehmende Mobilität im Wahlverhalten der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer drängt sich insgesamt der Eindruck auf, dass der Parteienwettbewerb

in Rheinland-Pfalz offen ist. Darüber kann und sollte die unter Sonderbedingungen 2006 im Landtag erreichte absolute Mehrheit der Sozialdemokratie nicht hinwegtäuschen. Diese Offenheit ist für ein demokratisches Gemeinwesen nicht das schlechteste Merkmal. Hinzu kommt ein weiterer Aspekt, der sich vor allem in einer vergleichenden Betrachtung der Bundesländer aufdrängt. Der Wandel auf gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Ebene vollzieht sich im Land Rheinland-Pfalz eher in einem moderaten Tempo und ohne große Brüche. So spielen auch die Landesparteien im bundespolitischen Parteienkonzert keine exponierte Rolle, wie dies bei Landesverbänden in einigen anderen Bundesländern zu beobachten ist. Auch dies dürfte mit dazu beitragen, dass Rheinland-Pfalz immer wieder ein „gemäßigte(s) politische(s) Klima im Lande“⁷⁰ und eine „politische Kultur der Mitte“⁷¹ attestiert wird. Dies sind Rahmenbedingungen, die auch für die weitere Entwicklung der rheinland-pfälzischen Parteienlandschaft von Bedeutung sein werden.

⁷⁰ Haungs (1986a), S. 202.

⁷¹ Sarcinelli (2000), S. 22.

6 Bibliografie

- Altmeier, Peter / Grass, Karl Martin / Heyen, Franz-Josef (1979): Reden: 1946 - 1951. Boppard am Rhein.
- Beck, Kurt (2008): Ein Sozialdemokrat: die Autobiografie. 1. Aufl. München: Pendo.
- Beyme, Klaus von (2004): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland: eine Einführung. 10., aktualisierte Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Bickerich, Wolfram (1995): Der Enkel: Analyse der Ära Kohl. Düsseldorf: ECON-Verl.
- Buchheim, Hans (2000): Ein Land aus der Retorte?, In: Sarcinelli, Ulrich/Falter, Jürgen W./Mielke, Gerd/Benzner, Bodo (Hrsg.), Politische Kultur in Rheinland-Pfalz. Mainz [u.a.]: v. Hase & Koehler, S. 149-156.
- Decker, Frank (2007): Parteiendemokratie im Wandel, In: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., S. 19-61.
- Diller, Klaus Dieter (2010): Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz, In: Sarcinelli, Ulrich, et al. (Hrsg.), Politik in Rheinland-Pfalz. Gesellschaft, Demokratie und Staat. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., S. 556-564.
- Falter, Jürgen W. (2010): Parteien und Wahlen in Rheinland-Pfalz: Wandel und Kontinuität, In: Sarcinelli, Ulrich, et al. (Hrsg.), Politik in Rheinland-Pfalz. Gesellschaft, Demokratie und Staat. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., S. 135-146.
- Grass, Karl Martin (1986): Politiker-Porträts, In: Haungs, Peter (Hrsg.), 40 Jahre Rheinland-Pfalz: eine politische Landeskunde. Mainz: Schmidt, S. 255-288.
- Grimm, Dieter (1991): Die Zukunft der Verfassung. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Haungs, Peter (1986a): Regierung und Opposition, In: Haungs, Peter (Hrsg.), 40 Jahre Rheinland-Pfalz: eine politische Landeskunde. Mainz: Schmidt, S. 173-210.
- Haungs, Peter (1986b): Rheinland-Pfalz im Bundesstaat, In: Haungs, Peter (Hrsg.), 40 Jahre Rheinland-Pfalz: eine politische Landeskun-

- de. Mainz: Schmidt, S. 617-650.
- Heil, Peter (2000): Ein Land wird erfunden. Integrationspolitik und Traditionstiftung für Rheinland-Pfalz, In: Sarcinelli, Ulrich / Falter, Jürgen W. / Mielke, Gerd / Benzner, Bodo (Hrsg.), Politische Kultur in Rheinland-Pfalz. Mainz [u.a.]: v. Hase & Koehler, S. 157-173.
 - Hein, Dieter (1985): Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung: Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945 - 1949. Düsseldorf: Droste.
 - Heuberger, Frank W. (2010): Rheinland-Pfalz auf dem Weg zur Bürgergesellschaft: Theoretische Grundlagen und landespolitische Rezeption einer gesellschaftlichen Leitidee, In: Sarcinelli, Ulrich, et al. (Hrsg.), Rheinland-Pfalz in Perspektive. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., S. 21-30.
 - Hirschner, Fritz (1975): Doktor h. c. Peter Altmeier und das Werden von Rheinland-Pfalz: aus dem Chaos zum Land mit Zukunft. Neuwied: Strüder.
 - Holl, Thomas (2010): Linker gegen Linke, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.6.2010, S. 4.
 - Jun, Uwe (2010): CDU und SPD: Der Kampf um die politische Dominanz im Lande Rheinland-Pfalz, In: Sarcinelli, Ulrich, et al. (Hrsg.), Politik in Rheinland-Pfalz. Gesellschaft, Demokratie und Staat. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., S. 147-163.
 - Jun, Uwe / Höhne, Benjamin (2007): Erfolgreiche Personalisierung und missglückte Themenorientierung: Die SPD-Wahlkämpfe in Rheinland-Pfalz und Baden Württemberg 2006, In: Schmid, Josef / Zolleis, Udo (Hrsg.), Wahlkampf im Südwesten: Parteien, Kampagnen und Landtagswahlen 2006 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Berlin: LIT, S. 88-115.
 - Kaack, Heino / Sarcinelli, Ulrich (1986): Parteien und Wahlen, In: Haungs, Peter (Hrsg.), 40 Jahre Rheinland-Pfalz: eine politische Landeskunde. Mainz: Schmidt, S. 131-172.
 - Kirschey, Thomas (2009): Bundestagswahl 2009: Parteihochburgen, In: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 2009, H. 11, S. 829-840.
 - Kißener, Michael (2006): Kleine Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 1945 - 2005; Wege zur Integration eines „Nachkriegsbundeslandes“. 1. Aufl. Karlsruhe: Braun.

- Kißener, Michael (2007): Rheinland-Pfalz unter der Regierung von Helmut Kohl, Bernhard Vogel und Carl-Ludwig Wagner, In: Landeszentrale für Politische Bildung Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Rheinland-Pfalz ist 60: Vorträge zu den Etappen rheinland-pfälzischer Zeitgeschichte 1947 - 2007. Mainz: S. 25-39.
- Koch-Baumgarten, Sigrid (2008): Die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2006 und ihre bundespolitische Bedeutung, In: Tenscher, Jens / Batt, Helge (Hrsg.), 100 Tage Schonfrist: Bundespolitik und Landtagswahlen im Schatten der Großen Koalition. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., S. 155-175.
- Kohl, Helmut (2004): Erinnerungen [...] 1930-1982. München: Droemer.
- Korte, Karl-Rudolf (2010): Regieren und Regierungen in Rheinland-Pfalz - eine vergleichende Betrachtung, In: Sarcinelli, Ulrich, et al. (Hrsg.), Politik in Rheinland-Pfalz. Gesellschaft, Demokratie und Staat. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., S. 283-296.
- Kost, Andreas / Rellecke, Werner / Weber, Reinhold (Hrsg.) (2010): Parteien in den deutschen Ländern: Geschichte und Gegenwart. München: C.H. Beck i.E.
- Kusch, Katrin (1989): Die Wiedergründung der SPD in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945 - 1951). Mainz: Hase und Koehler.
- Lehbruch, Gerhard (2000): Parteienwettbewerb im Bundesstaat: Regelsysteme und Spannungslagen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. 3., aktualisierte und erw. Aufl. Wiesbaden: Westdt. Verl.
- Leif, Thomas (2000): „Langsam gewachsenes Holz bricht nicht so schnell.“ Rudolf Scharping, der erste Sozialdemokratische Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz - Werdegang, Amtsverständnis und politische Schwerpunkte, In: Sarcinelli, Ulrich / Falter, Jürgen W. / Mielke, Gerd / Benzner, Bodo (Hrsg.), Politische Kultur in Rheinland-Pfalz. Mainz [u.a.]: v. Hase & Koehler, S. 437-460.
- Leif, Thomas / Raschke, Joachim (1994): Rudolf Scharping, die SPD und die Macht: eine Partei wird besichtigt. Orig.-Ausg. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verl.
- Lösche, Peter (2009): Ende der Volksparteien, In: APuZ, Jg. 2009, H. 51, S. 6-12.

- Maier, Jürgen / Glantz, Alexander (2010): Parteien, Kandidaten, Themen: Stabilität und Wandel der Determinanten der Wahlentscheidung bei rheinland-pfälzischen Landtagswahlen, In: Sarcinelli, Ulrich, et al. (Hrsg.), Politik in Rheinland-Pfalz. Gesellschaft, Demokratie und Staat. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., S. 202-216.
- Martin, Anne (1995): Die Entstehung der CDU in Rheinland-Pfalz. Mainz: v. Hase und Koehler.
- Mathy, Helmut (1986): Landeshauptstadt Mainz, In: Haungs, Peter (Hrsg.), 40 Jahre Rheinland-Pfalz: eine politische Landeskunde. Mainz: Schmidt, S. 93-102.
- Mielke, Gerd (2007): Lange Linien und jäher Kulissenwechsel. Die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz vom 26. März 2006, In: Schmid, Josef / Zolleis, Udo (Hrsg.), Wahlkampf im Südwesten: Parteien, Kampagnen und Landtagswahlen 2006 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Berlin: LIT, S. 239-267.
- Mielke, Gerd (2010): Die Ministerpräsidenten: Amt, Persönlichkeiten und politische Porträts, In: Sarcinelli, Ulrich, et al. (Hrsg.), Politik in Rheinland-Pfalz. Gesellschaft, Demokratie und Staat. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., S. 298-307.
- Mielke, Gerd / Eith, Ulrich (2000): Die Landtagswahl 1991: Erd-rutsch oder Ausrutscher? Parteienkonkurrenz und Wählerbindungen in Rheinland-Pfalz in den 80er und 90er Jahren In: Sarcinelli, Ulrich / Falter, Jürgen W. / Mielke, Gerd / Benzner, Bodo (Hrsg.), Politische Kultur in Rheinland-Pfalz. Mainz [u.a.]: v. Hase & Koehler, S. 255-280.
- Morsey, Rudolf (2007): Vom Land aus der Retorte zu einem Land mit eigenem Profil: Die Ära Peter Altmeier 1947-1969, In: Landeszentrale für Politische Bildung Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Rheinland-Pfalz ist 60: Vorträge zu den Etappen rheinland-pfälzischer Zeitgeschichte 1947 - 2007. Mainz, S. 7-24.
- Niedermayer, Oskar (2010): Regionalisierung des Parteiensystems in der Bundesrepublik Deutschland, In: Sarcinelli, Ulrich, et al. (Hrsg.), Politik in Rheinland-Pfalz. Gesellschaft, Demokratie und Staat. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., S. 182-201.
- Landtag Rheinland-Pfalz Plenarprotokoll-14/2 (2001): Abgabe der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten.

- Sarcinelli, Ulrich (2000): Politische Kultur: Auf der Suche nach der Identität des Landes Rheinland-Pfalz, In: Sarcinelli, Ulrich / Falter, Jürgen W./Mielke, Gerd/Benzner, Bodo (Hrsg.), Politische Kultur in Rheinland-Pfalz. Mainz [u.a.]: v. Hase & Koehler, S. 9-24.
- Sarcinelli, Ulrich (2007): Der Beginn einer neuen Ära. Rheinland-Pfalz unter den sozialdemokratischen Regierungen Rudolf Scharping und Kurt Beck, In: Landeszentrale für Politische Bildung Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Rheinland-Pfalz ist 60: Vorträge zu den Etappen rheinland-pfälzischer Zeitgeschichte 1947 - 2007. Mainz: S. 41-59.
- Sarcinelli, Ulrich / König, Mathias / König, Wolfgang (2009): Bürgerbeteiligung im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz: Gutachten zur ersten und zweiten Stufe der Bürgerbeteiligung Oktober 2007 - September 2009. Rheinland-Pfalz, Staatskanzlei. Mainz.
- Schümer, Anne-Louise (2006): Die Stellung des Ministerpräsidenten in den Bundesländern im Vergleich. Frankfurt am Main [u.a.]: Lang.
- Siedentopf, Heinrich (1986): Verwaltungsreform, In: Haungs, Peter (Hrsg.), 40 Jahre Rheinland-Pfalz: eine politische Landeskunde. Mainz: Schmidt, S. 365-382.
- SPD-Rheinland-Pfalz (2002): Satzung des SPD-Landesverbandes RLP.
- Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2009): Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2008. Bad-Ems.
- Tenscher, Jens (2008): Große Koalition - Kleine Wahlkämpfe? Die Parteikampagnen zu den Landtagswahlen 2006 im Vergleich, In: Tenscher, Jens / Batt, Helge (Hrsg.), 100 Tage Schonfrist: Bundespolitik und Landtagswahlen im Schatten der Großen Koalition. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., S. 107-137.
- Vogel, Bernhard / Vogel, Hans-Jochen (2009): Deutschland aus der Vogel-Perspektive: eine kleine Geschichte der Bundesrepublik. Freiburg, Br. [u.a.]: Herder.
- Wagner, Edgar (2007): „Packt an! Habt Zuversicht!“: Über die Entstehung des Landes Rheinland-Pfalz und seinen Beitrag zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Mainz: Der Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz.
- Ziegler, Hannes (Hrsg.) (2003): Politiker in Rheinland-Pfalz: Unsere Ministerpräsidenten. Annweiler am Trifels: Plöger.

Tabelle 3: Ergebnisse der Landtagswahlen Rheinland-Pfalz 1947-2006 (Stimmanteile in Prozent und Anzahl der Sitze)

WP/Jahr	Wahlbeteiligung in %	SPD		CDU		FDP		GRÜNE		Sonstige	
		Stimmen in %	Sitze Anzahl	Stimmen in %	Sitze Anzahl	Stimmen in %	Sitze Anzahl	Stimmen in %	Sitze Anzahl	Stimmen in %	Sitze Anzahl
1/1947	77,9	34,3	34	47,2	48	9,8	11	–	–	8,7	8 ⁷²
2/1951	74,8	34	38	39,2	43	16,7	19	–	–	10,1	–
3/1955	76,0	31,7	36	46,8	51	12,7	13	–	–	8,8	–
4/1959	77,2	34,9	37	48,4	52	9,7	10	–	–	7	1 ⁷³
5/1963	75,5	40,7	43	44,4	46	10,1	11	–	–	4,8	–
6/1967	78,5	36,8	39	46,7	49	8,3	8	–	–	8,2	4 ⁷⁴
7/1971	79,4	40,5	42	50	52	5,9	6	–	–	3,5	–
8/1975	80,8	38,5	40	53,9	55	5,6	5	–	–	1,9	–
9/1979	81,4	42,3	43	50,1	51	6,4	6	–	–	1,2	–
10/1983	90,4	39,6	43	51,9	57	3,5	–	4,5	–	0,5	–
11/1987	77,0	38,8	40	45,1	48	7,3	7	5,9	5	2,9	–
12/1991 ⁷⁵	73,9	44,8	47	38,7	40	6,9	7	6,5	7	3,2	–
13/1996	70,8	39,8	43	38,7	41	8,9	10	6,9	7	5,7	–
14/2001	62,1	44,7	49	35,3	38	7,8	8	5,2	6	6,9	–
15/2006	58,2	45,6	53	32,8	38	8	10	4,6	–	9	–

Quelle: Eigene Darstellung nach den Angaben des Landeswahlleiters.

⁷² KPD

⁷³ DRP

⁷⁴ NPD

⁷⁵ Ab 1991 Landesstimmen



Prof. Dr. phil., Ulrich Sarcinelli

Sarcinelli, Ulrich, Prof. Dr. phil., Jg. 1946; Professor für Politikwissenschaft an der Universität Koblenz-Landauz, Abt. Landau; Leiter des Frank-Loeb-Instituts, seit 2009 Vizepräsident der Universität. Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte: Politisches System Deutschlands, Politikvermittlung und politische Kommunikation, Parteien und politische Kultur, Verfassungs- und Demokratielehre.



Werner, Timo S., M. A.

Werner, Timo S., M. A., geb. 1977 in Bad Friedrichshall, hat an der Universität Regensburg Politikwissenschaft, Philosophie und Rhetorik studiert.

Er ist Akademischer Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften – Abteilung Politikwissenschaft der Universität Koblenz-Landau.

Seine Forschungs- und Interessenschwerpunkte liegen im Bereich der politischen Kommunikation, dem politischen System der Bundesrepublik und der politischen Philosophie und Ideengeschichte.

Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz

Am Kronberger Hof 6 · 55116 Mainz
Tel.: 0 61 31 - 16 29 70 · Fax: 0 61 31 - 16 29 80
E-Mail: lpb.zentrale@politische-bildung-rlp.de
Homepage: www.politische-bildung-rlp.de

